

grundsätzlich der monistischen Lehre folge (S. 25), ist in dieser Form eine zu sehr verdichtete Behauptung.

Man würde das Buch nicht eben dem Anfänger des völkerrechtlichen Studiums empfehlen, obwohl auch dieser im Urkundenanhang eine Sammlung der wichtigsten Texte des neuesten Völkerrechts findet. Sicherlich aber regt es den Fortgeschrittenen zur Bearbeitung und zum Verständnis der gegenwärtigen Streitfragen und der Entwicklung im Völkerrecht an.

M ü n c h

Zeitschriftenschau *)

The American Journal of Comparative Law. Vol. 4, 1955

Langrod, Georges: Administrative Contracts. A Comparative Study (S. 325-364). Rechtsvergleichende und theoretische Untersuchung der Rolle und Rechtstechnik von Verträgen in der Verwaltungspraxis der angelsächsischen Staaten, Frankreichs, Portugals, Spaniens, Italiens, Belgiens, der Türkei, Ägyptens, Deutschlands, Österreichs und der UdSSR.

Rn

The American Journal of International Law. Vol. 49, 1955

Seidl-Hohenveldern, Ignaz: Relation of International Law to Internal Law in Austria (S. 451-476). Verf. gibt unter eingehender Darlegung der Praxis einen Überblick über Stellung und Struktur der auswärtigen Gewalt nach österreichischem Verfassungsrecht und behandelt insbesondere Art. 9 und 50 der Bundesverfassung, die die allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts und die zwischenstaatlichen Verträge für innerstaatlich verbindlich erklären, ihnen aber nach überwiegender Ansicht keinen höheren Rang als einfachen Gesetzen zubilligen.

Drucker, Alfred: Compensation for Nationalized Property: The British Practice (S. 477-486). Behandelt die vom Vereinigten Königreich mit Jugoslawien, der Tschechoslowakei und Polen geschlossenen Abkommen über die Zahlung von Globalentschädigungen für enteignetes Vermögen britischer Staatsangehöriger sowie die Aufgaben der Foreign Compensation Commission bei der Feststellung der Geschädigten und der Verteilung der Entschädigungsbeträge.

Selak Jr., Charles B.: The Suez Canal Base Agreement of 1954. Its Background and Implications (S. 487-505). Verf. bespricht das Abkommen im Hinblick auf die historische Entwicklung der Suez-Kanal-Frage und die politische Lage im Nahen Osten, insbesondere die Spannungen zwischen Israel und den Arabischen Staaten.

*) Auch die Zeitschriftenschau wird durch die Bandregister nach Sachgebieten aufgeschlossen.

Nadelmann, Kurt H.: American Consular Jurisdiction in Morocco and the Tangier International Jurisdiction (S. 506–517). Verf. behandelt den Umfang der amerikanischen Konsulargerichtsbarkeit in Marokko und Tanger. Während die Entscheidung des IGH vom 27. 8. 1952 (ICJ Reports 1952, p. 176) für Französisch Marokko nur noch eine begrenzte Gerichtsbarkeit anerkannt habe, bestehe in Spanisch Marokko und nach einer Entscheidung des Court of Appeal der internationalen Zone vom 13. 8. 1954 auch in Tanger eine weitere Zuständigkeit, die Klagen von Nicht-Amerikanern gegen Amerikaner umfasse. Diese Konsulargerichtsbarkeit sei vom Standpunkt einer geordneten Rechtspflege anfechtbar, politisch überholt und daher bald zu beseitigen, zumal Amerika neuerdings an der internationalen Gerichtsbarkeit in Tanger beteiligt sei.

Kulski, W. W.: The Soviet Interpretation of International Law (S. 518–534). Kritik von Artikeln, die in *Sovetskoe gosudarstvo i pravo* 1954, Hefte 6–8, und 1955, Heft 1–2, erschienen sind (vgl. diese Zeitschrift Bd. 16, S. 387 ff., 797) und sich mit Grundfragen des Völkerrechts – seiner ideologischen Grundlage, der Völkerrechtssubjektivität, der Souveränität – und aktuellen Fragen der Gebietshoheit, der Grenzgewässer, des Begriffs der Aggression usw. befassen.

Kunz, Josef L.: The State Treaty with Austria (S. 535–542).

Fenwick, C. G.: The Treaty of 1955 between the United States and Panama (S. 543–547). Würdigung des neuen Abkommens über die Kanalzone, das finanzielle und wirtschaftliche Zugeständnisse an Panama enthält.

Baxter, R. R.: The Geneva Conventions of 1949 before the United States Senate (S. 550–555). Behandelt die Billigung der Rot-Kreuz-Konventionen durch den Senat im Jahre 1955 und die dabei gemachten Vorbehalte.

Delson, Robert: Immunity from Taxation of Real Property Owned by Delegations to the United Nations (S. 555–560). Verf. bespricht ein Gesetz des Staates New York von 1955, das den Vertretungen der Staaten bei den UN Steuerfreiheit gewährt; in dem Gesetz enthaltene Beschränkungen seien ungültig, da sie dem Headquarters Agreement von 1947 widersprechen.

Cardozo, Michael H.: Attempts to Transmute Indemnity into Discharge of Claims in Executive Agreements (S. 560–563). Kritik der Entscheidung des Court of Claims vom 11. 1. 1955 (*Seery v. U.S.*, 127 F. Supp. 601) und der Stellungnahme von *Oliver* (angezeigt in dieser Zeitschrift Bd. 16, S. 717), die einem Exekutive Agreement zu Unrecht entnähmen, daß es die Geltendmachung von Ansprüchen gegen die Regierung ausschließe. Der Text des Abkommens zwingt nicht zu einer solchen Annahme, so daß die Verfassungsmäßigkeit nicht geprüft zu werden brauche.

Fenwick, C. G.: The Organization of Central American States: Election of the Secretary General (S. 563–564).

— Vol. 50, 1956

Hudson, Manley O.: The Thirty-Fourth Year of the World Court (S. 1–17). Überblick über die Tätigkeit des IGH im Jahre 1955, die eingegangenen Klagen und Gutachtenanträge, die neuen Erklärungen Großbritanniens und der Südafrikanischen Union nach Art. 36 (2) des Statuts sowie die Erklärungen der Bundes-

republik und Italiens, die Zuständigkeit des IGH nach Art. X des Brüsseler Vertrages anzuerkennen.

Fenwick, Charles G.: The Inter-American Regional System: Fifty Years of Progress (S. 18–31).

Jenks, C. Wilfred: Craftsmanship in International Law (S. 32–60). Verf. behandelt die von einem Völkerrechtspraktiker zu erfüllenden Voraussetzungen und seine Aufgaben bei der Feststellung und Fortentwicklung des internationalen Rechts.

Verdross, Alfred: Austria's Permanent Neutrality and the United Nations Organization (S. 61–68). Verf. umschreibt an Hand der schweizerischen Entwicklung die sich aus der ständigen Neutralität eines Staates ergebenden völkerrechtlichen Pflichten und fragt nach ihrer Vereinbarkeit mit der UN-Charter. Da die Teilnahme an militärischen Aktionen nach Art. 43 (3) der Charter besondere Abkommen voraussetze, der Sicherheitsrat einen neutralen Staat von der Ergreifung wirtschaftlicher Zwangsmaßnahmen befreien könne und eine der Friedenssicherung dienende Neutralität dem Hauptziel der UN entspreche, seien im Falle Österreichs Neutralität und UN-Mitgliedschaft miteinander vereinbar.

Dumbauld, Edward: John Marshall and Treaty Law (S. 69–80). Behandelt Marshall's Auffassung hinsichtlich der Auslegung von Verträgen und ihrer innerstaatlichen Wirkung nach Art. VI, 2 der Verfassung.

Hirsch, Abraham M.: Utilization of International Rivers in the Middle East. A Study of Conventional International Law (S. 81–100). Behandelt die zwischen Staaten des Mittleren Ostens abgeschlossenen Verträge über die Nutzung von internationalen Flüssen.

Potter, Pitman B.: Neutrality, 1955 (S. 101–102).

Wright, Quincy: Is Discussion Intervention? (S. 102–110). Verf. ist der Ansicht, daß das Verbot der Intervention in innere Angelegenheiten nach Art. 2 (7) der UN-Charter die Diskussion aller Fragen in der Generalversammlung und im Sicherheitsrat nicht ausschliesse, auch könne über das Vorliegen einer inneren Angelegenheit der betroffene Staat nicht allein und endgültig entscheiden.

Address by the Honorable Green H. Hackworth, President of the International Court of Justice (S. 111–115). Wiedergabe eines am 25. 6. 1955 gehaltenen Vortrags, der eine stärkere Inanspruchnahme des IGH befürwortet.

Deener, David R.: Some Problems of the Law of Diplomatic Immunity (S. 115–120). Verf. begrüßt angesichts verschiedener Zweifelsfragen die Bemühungen der International Law Commission um eine Kodifikation des Immunitätsrechts.

Gihl, Torsten: The Limits of Swedish Territorial Waters (S. 120–122). Verf. weist unter teilweiser Berichtigung der Ausführungen von Kent (angezeigt in dieser Zeitschrift Bd. 16, S. 348) darauf hin, daß Schweden seit 1779 in Abweichung von früheren Auffassungen eine 4-Meilen-Zone als Hoheitsgebiet beanspruche.

Selak Jr., Charles B.: The United States-Canadian Great Lakes Fisheries Convention (S. 122–129). Behandelt das am 11. 10. 1955 in Kraft getretene Abkommen über die gemeinsame Untersuchung und Pflege des Fischbestandes. Bt

The American Political Science Review. Vol. 49, 1955

McKinley, Charles: The Constitutions and the Tasks Ahead (S. 961–979). Verf. hält eine grundlegende Reform der amerikanischen Verfassung für erforderlich, um ein eindeutiges Verhältnis und ein besseres Zusammenspiel zwischen dem Präsidenten und dem Kongreß zu gewährleisten.

Neustadt, Richard E.: Presidency and Legislation: Planning the President's Program (S. 980–1021).

Bone Jr., Robert C.: Organization of the Indonesian Elections (S. 1067–1084).

Klain, Maurice: A New Look at the Constituencies: The Need for a Recount and a Reappraisal (S. 1105–1119). Fg

The American Slavic and East European Review. Vol. 14, 1955

Smith Jr., C. Jay: Russia and the Origins of the Finnish Civil War of 1918 (S. 481–502).

— Vol. 15, 1956

Tillett, Lowell R.: The Soviet Role in League Sanctions against Italy, 1935–36 (S. 11–16). Verf. bemüht sich um den statistischen Nachweis, daß die UdSSR, die sehr nachhaltig für die 1935/36 vom Völkerbund gegen Italien verhängten wirtschaftlichen Sanktionen eingetreten sei, diese durch Verlagerung der Schwerpunkte ihres Außenhandels auf nicht von dem Embargo erfaßte Güter tatsächlich umgangen habe. Hr

Annali di Diritto Internazionale. Vol. 10, 1952 (Milano 1954)

Cansacchi, Giorgio: La «dipendenza» dell'Ordine di Malta dalla Santa Sede (S. 3–12). Verf. untersucht die Rechtsnatur der Sentenza Cardinalizia vom 24. 1. 1953 und ihre völkerrechtlichen Auswirkungen (vgl. diese Zeitschrift Bd. 16, S. 506 ff.).

Ruini, Antonio: La competenza interna nel sistema dell'O.N.U. (S. 13–76). Untersuchungen zur Interpretation des Art. 2 Abs. 7 der UN-Charta in der Frage des domaine réservé. Ts

Archiv für das Post- und Fernmeldewesen. Jg. 8, 1956

Hoffmann: Die Rechtsgrundlagen für das Post- und Fernmeldewesen im Land Berlin (S. 1–10). Sr

Archiv des Völkerrechts. Bd. 5, 1954/55

Schneider, Peter: Zur Rechtsstellung des Internationalen Roten Kreuzes (S. 257–271). Verf. spricht dem IRK, vertreten durch das IKRK als Träger des übernationalen Prinzips und in den Rotkreuz-Konventionen genanntes Organ, Völkerrechts- im Sinne von Integrations- (im Gegensatz zur Haftungs-) -Subjektivität zu. Alle diejenigen „Personen“ seien „Völkerrechtssubjekte im materiellen Sinn, deren Aktivität in besonderem Maße der Rechtsverwirklichung, der Erhaltung und Förderung der Völkerrechtsgemeinschaft dient“. Unter diesem Gesichtspunkt sei das IRK ein Völkerrechtssubjekt besonderer Art. Seine Tätigkeit sei nicht internationale Verwaltung. Verf. setzt sich besonders mit *Wenglers* Begriff des Völkerrechtssubjekts auseinander (vgl. diese Zeitschrift Bd. 15, S. 361).
Rie, Robert: Das Legitimitätsprinzip des Wiener Kongresses (S. 272–283). Verf. behandelt die Kontroversen um die Legitimität Napoleons I. und des Königs von

Sachsen als seines Verbündeten, um das Recht auf Eroberung und die Fragen eines Strafgerichts über Monarchen, einer völkerrechtlichen Einbuße der Thronrechte und des Untergangs besieger Staaten.

Hagens, Walter von: Die Exterritorialität der fürstlich-liechtensteinischen Kunstsammlung in Wien (S. 284–295). Behandelt die Fragen, die sich aus dem »Anschluß« Österreichs 1938 für den Status der Kunstsammlungen während des 2. Weltkriegs ergaben und verneint die Anwendbarkeit der in den österreichischen Gesetzen über Denkmalschutz von 1923 enthaltenen Ausfuhrverbote.

Pfeifer, Helfried: Der österreichische Staatsvertrag (S. 296–307). Der Vertrag (deutscher Text dort S. 322 ff. und in dieser Zeitschrift Bd. 16, S. 594 ff.) sei zur Wiederherstellung der Souveränität Österreichs *de iure* nicht erforderlich gewesen, nachdem diese bereits durch die Moskauer Erklärung vom 30. 10. 1943 und durch die Unabhängigkeitserklärung vom 27. 4. 1945 theoretisch anerkannt und nur durch 10jährige alliierte Besetzung Österreich vorenthalten gewesen sei. Die UdSSR habe aber die Wiederherstellung an den Abschluß des Staatsvertrags und diesen wieder an die von der österreichischen Regierung zugesagte Neutralitätserklärung geknüpft. Da aber der Staatsvertrag schwerste Souveränitätsbeschränkungen enthalte, habe er verfassungändernden Charakter. Verf. (Universitätsprofessor a. D. und Abgeordneter zum Nationalrat in Wien) gibt eine Übersicht über den Hauptinhalt des Vertrags. Rn

Zemaneck, Karl: Die völkerrechtliche Stellung Formosas (S. 308–319). Die Erklärungen von Kairo und Potsdam seien völkerrechtlich unverbindlich und inhaltlich unbestimmt. China habe durch sie keinen Besitztitel erworben, zumal keine formelle Zessionserklärung darin enthalten sei. Zu bindender Adjudikation seien die Alliierten nicht legitimiert gewesen. Der chinesische Staat als solcher habe zwar bereits im Stadium der kriegerischen Okkupation zu ersitzen begonnen, doch habe der Territorialverzicht Japans im Friedensvertrage von San Franzisko der organisierten Gemeinschaft TschiangKai-scheks nach einem zessionsähnlichen Vorgang die günstige Möglichkeit originären Okkupationserwerbes eröffnet, und es könne auf Formosa im Laufe der Zeit ein neuer Staat entstehen. Hm

Archivo de Derecho Público. 1951

Murillo Ferror, Francisco: En torno a la declaración de derechos de la O.N.U. (N. 4, S. 21–51). Aus den zahlreichen nur angedeuteten Problemen greift Verf. das Verhältnis Individuum – Völkerrechtsgemeinschaft heraus.

Morcillo Herrera, Aquilino: La Prensa y el Estado. Condiciones para una Prensa libre (S. 52–86). Die intensive Beschäftigung der katholischen Kirche mit dem Problem der Pressefreiheit sowie die amerikanischen Versuche der Kodifizierung der journalistischen Standespflichten sind die Ausgangspunkte der Untersuchung.

Krauß, Günther: Francisco de Vitoria, fundador del moderno Derecho Internacional (S. 123–139). Verf. will zu einer neuen Wertung Vitorias beitragen, den er zwar als Begründer des modernen Völkerrechts aber auch als Zerstörer des christlichen Mittelalters ansieht.

— 1953/54

Sánchez Agesta, Luis: Los principios del constitucionalismo español. Soberanía Nacional y Constitución interna (N. 6-7, S. 13-32). Beitrag zur spanischen Verfassungsgeschichte des 19. Jahrhunderts.

Candela Martínez, Juan: El Fuero de los españoles (S. 33-75). Erläuterung des spanischen Staatsgrundgesetzes vom 17. 7. 1945.

Padilla Serra, Alfonso: La crisis de la democracia actual y los sistemas electorales (S. 77-112). Durch die soziologische Umschichtung der Wählerschaft und die Ausdehnung des Wahlrechts auf die große Masse seien neue politische Formen entstanden, für deren Gestaltung das Wahlsystem von großer Bedeutung sei. Bei vergleichender Darstellung der Wahlsysteme Englands, Frankreichs, Italiens und der Vereinigten Staaten von Amerika warnt Verfasser vor einer leichtfertigen Übertragung eines Systems auf einen anderen soziologischen Untergrund. Sr

Asian Review. Vol. 51, 1955

—: *The Bandung Conference from the Historical Point of View (S. 311-319).* Hr.

Außenpolitik. Jg. 6, 1955

Brügel, J. W.: Der Konflikt zwischen Menschenrecht und Souveränität (S. 650-659). Verbindet eine kritische Betrachtung der Europäischen Menschenrechtskonvention mit Bemerkungen zu den Konventionsentwürfen der UN.

Steinitz, Hans: Deutschland vor der Tür der Vereinten Nationen (S. 659-665). Obwohl sich trotz des anfänglichen, in Art. 107 der UN-Charta begründeten Verschweigens eines deutschen Problems im Laufe der Zeit Kontakte zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den UN gebildet haben, sei der Zeitpunkt für eine deutsche Bemühung um die Mitgliedschaft noch nicht gekommen, weil vermieden werden müsse, daß Bundesrepublik und Sowjetzone nebeneinander in völkerrechtlich-protokollarischer Gleichstellung auf der „Warteliste“ erscheinen.

Brecht, Arnold: Gangbare und ungangbare Wege. Zur Frage der Wiedervereinigung (S. 685-694).

Kennan, George F.: Diplomaten als Spiegelbild der demokratischen Gesellschaft? (S. 694-706). Vgl. dazu diese Zeitschrift Bd. 16, S. 739.

Wagner, Wolfgang: Eden und die Oder-Neiße-Linie. Die deutsche Ostgrenze in den Jalta-Dokumenten (S. 714-721).

Montgomery, Lord: Der globale Krieg der Zukunft. Die Organisation der Verteidigung für den modernen Krieg (S. 755-769). Übersetzung des Vortrags vom 12. 10. 1955 vor der Royal United Service Institution. Verf. meint, daß auf die Atombombe als Abschreckungsmittel nicht verzichtet werden könne. Hm

The Australian Law Journal. Vol. 29, 1955

Anderson, Ross: Recent Trends in the Federal Commerce Power and Section 92 (S. 99-103, 276-283). Befaßt sich mit der neueren Rechtsprechung des High Court zum Verhältnis der Artikel 51 Ziff. 1 (Gesetzgebungskompetenz des Bundes für den Handelsverkehr zwischen den einzelnen Bundesstaaten) und Art. 92 (Ausschluß der Gesetzgebung der einzelnen Bundesstaaten für den zwischenstaatlichen Handelsverkehr) der australischen Bundesverfassung. Der gleiche Begriff des *inter-state trade and commerce* werde im Rahmen des Art. 92 restriktiv, im Rahmen des

Art. 51 Ziff. 1 dagegen, im Anschluß an die amerikanische *implied power*-Doktrin in *Mc Culloch v. Maryland* – 3 Wheath 316 (421) – sehr weit ausgelegt, insbesondere umfasse er insoweit sogar die Produktionsphase.

Sikk, Edward: Commonwealth Legislative Power Over Australian Coastal Shipping (S. 104–108).

Holmes, J. D.: Royal Commissions (S. 253–272). Verf. untersucht, unter besonderer Berücksichtigung der australischen Rechtsprechung, Rechtsgrundlagen und Umfang der Befugnisse der durch Gesetz oder auf Grund königlicher Prärogative zu Untersuchungszwecken eingesetzten Royal Commissions und ihr Verhältnis zur ordentlichen Gerichtsbarkeit.

Dixon, Sir Owen: Marshall and the Australian Constitution (S. 420–427). Vortrag des Verf., Chief Justice des High Court of Australia, vor der Harvard Law School im September 1955. Betont den Einfluß der Rechtsprechung des US-Supreme Court auf die verfassungsrichterliche Interpretation des Verhältnisses zwischen Bund und Ländern in Australien. Hr

The Australian Outlook. Vol. 9, 1955

Rigby, T. H.: Soviet Government Changes Since Stalin (S. 165–171).

—: *Britain And The Commonwealth* (S. 221–230).

Wilson: J. R. Britain And European Economic Integration (S. 240–244).

Earle, H. E.: Britain And Middle East Defence (S. 244–250). Hr

The Australian Quarterly. Vol. 27, 1955

Neale, R. G.: The New England New State (N. 3, S. 18–29). Kommentiert Bestrebungen zur Schaffung eines neuen Gliedstaates im Bundesstaat Australien.

Spann, R. N.: Privilege of Parliament (S. 46–56). Besprechung der Entscheidung des High Court of Australia in *“The Queen v. Richards; Ex parte Fitzpatrick and Browne”* vom 24. 6. 1955, betr. die Strafgewalt des Parlaments in Australien.

Rose, A. J.: Partition and Ireland (S. 67–81). Hr

Der Betriebs-Berater. Jg. 10, 1955

Henn, Günter: Forderungen der »Eingegliederten« und »Verbündeten« gegen deutsche Schuldner nach dem Londoner Schuldenabkommen (S. 1115–1117). Ts

Boletim da Faculdade de Direito da Universidade de Coimbra. Vol. 29, 1953

Jenks, C. Wilfried: Le droit international et la politique coloniale (S. 275–302).

Neben dem Völkergewohnheitsrecht haben mehrere internationale Verträge, wie z. B. arbeitsrechtliche, die Kolonialpolitik beeinflusst. Die UN allerdings haben einen schweren Stand, da die soziale und politische Entwicklung in den Kolonialgebieten den bisherigen Rahmen zu sprengen drohe und eine einheitliche Auffassung der Großmächte nicht zu erreichen sei. Die neuen regionalen Organisationsversuche bedürften des sofortigen Beistands der internationalen Organisationen um erfolgreich zu sein.

— Vol. 30, 1954

Boutros-Ghali, B.: La ligue arabe et l’Afrique du Nord (S. 131–141). Sr

Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. 1956

Pünder, Hermann: Die Überwindung des Nationalstaates. Vom Recht der inter- und supranationalen Gemeinschaften (S. 439–443). Verf. setzt die beiden Gemein-

schaftsformen in Beziehung zum Föderalismus und behandelt besonders den Europarat, die Montanunion und die Westeuropäische Union. T1

The Canadian Bar Review. Vol. 33, 1955

Mundell, D. W.: Tests for Validity of Legislation under the British North America Act: A Reply to Professor Laskin (S. 915-948). Ergänzung der Ausführungen des Verf. in Vol. 32 (1954), S. 813 (vgl. diese Zeitschrift Bd. 16, S. 354) und Auseinandersetzung mit der von Laskin (University of Toronto Law Journal, Vol. 11, 1955, S. 114) daran geübten Kritik.

Laskin, Bora: Municipal Tax Assessment and Section 96 of the British North America Act: The Olympia Bowling Alleys Case (S. 993-1017). Kritik der Entscheidung *Toronto v. Olympia Edward Recreation Club Ltd.*, (1955) S. C. R. 454, des Supreme Court of Canada, die im Hinblick auf S. 96 B. N. A. Act die Zuständigkeit von Provinzgerichten zur Entscheidung über Steuerfestsetzungen durch die Gemeinden verneint.

Eagleton, Clyde: The Use of the Waters of International Rivers (S. 1018-1034). Bt

Cuadernos Africanos y Orientales. 1955

Martín de la Escalera, Carmen: Las Convenciones franco-tunecinas (N. 31, S. 59-66). Bericht über die sechs Abkommen vom 3. 6. 1955.

Cordera Torres, José María: Nueva fase en el interminable problema marroquí (N. 32, S. 9-19).

Cola Alberich, Julio: La U.N.E.S.C.O. y el mundo que se emancipa (S. 21-37). Verf. behandelt besonders das Erziehungsprogramm in Afrika.

Gil Benumeya, Rodolfo: Sobre las líneas generales de las relaciones hispano-árabes en su evolución actual (S. 39-48). Sr

Deutsches Verwaltungsblatt. Jg. 70, 1955

Schmidt: Die Neuordnung des öffentlichen Leistungsrechts (S. 616-623). Behandelt den Entwurf eines Bundesleistungsgesetzes, dessen Erlaß die Deckung des Bedarfs der Stationierungstruppen, zu deren gesetzlicher Regelung die Bundesrepublik durch Art. 37 des Truppenvertrages verpflichtet ist, gewährleisten soll.

Zacher, Hans F.: Ratifizierungsgesetz und Normenkontrolle (S. 649-653, 696-697). Das Zustimmungsgesetz zu einem Verträge sei bei unmittelbarer Transformierbarkeit des Vertragsinhalts in Landesrecht Gesetz im materiellen und formellen Sinne, im Fall eines durch den Staat erst zu realisierenden Vertragsinhaltes Gesetz allein im formellen Sinne. Wenn ein bloß formelles Gesetz gegeben sei, könne nach dem Grundgesetz eine richterliche Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit nicht stattfinden. Verf. bestreitet auch der parlamentarischen Opposition die Möglichkeit, eine nicht zulässige Kontrolle politischer Vertragsnormen im Wege der Präsidentenanklage oder des Organstreits herbeizuführen. Von der im übrigen zulässigen Normenkontrolle werde die völkerrechtliche Bindung kraft der Ratifikation nicht berührt; die eventuelle Feststellung der Verfassungswidrigkeit eines Zustimmungsgesetzes wirke nur innerstaatlich.

Süsterhenn, Adolf: Die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (S. 753-758).

Krüger, Hildegard: Die Verfassungswidrigkeit der lex Schörner (Zugleich ein Beitrag zu Art. 19 Abs. 1 Satz 1 GG (S. 758–763, 791–796). Das Gesetz stelle ein wegen Eingriffes in die Eigentumsgarantie oder wenigstens in die institutionelle Garantie des Art. 33 Abs. 5 GG grundrechtsbeschränkendes oder *quasi*-grundrechtsbeschränkendes »getarntes« Individualgesetz dar, wie es durch Art. 19 GG verboten sei. Zudem besitze Art. 19 gewaltenteilende Funktion, indem er rechtssatzmäßige Gestaltung von Gesetzen fordere, zugleich die Zuständigkeit der Exekutive festlege und damit eine objektive Verfassungsumgehung durch Mißbrauch der Gesetzesform bei Ausübung exekutiver Gewalt mit legislatorischen Mitteln verbiete. Art. 19 verbiete ferner die Rückwirkung von Gesetzen, weil es dem Gesetz in einem solchen Fall an der »Allgemeinheit« mangle.

Gerber, Hans: Das neue österreichische Hochschul-Organisationsgesetz (S. 767–770, 807–810).

Sonobe, Satoshi: Die Entwicklung des Verwaltungsrechts und der Verwaltungsrechtsprechung in Japan (S. 789–791).

— **Jg. 71, 1956**

Rogge, Heinrich: Flüchtlingsverwaltung, Flüchtlingsrecht und Sozialstaat. Programmatische Bemerkungen zu einer rechtswissenschaftlichen Forschungslücke (S. 37–42).

Baring: Abschied vom Besetzungsschädenrecht (S. 75–80). Behandelt das Gesetz über die Abgeltung von Besetzungsschäden vom 1. 12. 1955. Hm

Il Diritto Pubblico della Regione Siciliana. Anno 2, 1950

La Barbera, Gaspare: Prerogative dei Deputati all'Assemblea Regionale Siciliana (S. 13–15).

Orlando Cascio, Salvatore: Lo Statuto Siciliano nella giurisprudenza dell'Alta Corte (S. 79–82).

Giorgianni, Franco: Lo Statuto Siciliano e le circoscrizioni provinciali (S. 175–176).

— **Anno 3, 1951**

Balladore Pallieri, Giorgio: La volontà popolare nei conflitti fra Stato e Regione (S. 9–15).

Sturzo, Luigi: Della recezione delle leggi dello Stato nel sistema regionale siciliano (S. 16–21).

Landi, Guido: L'ordinamento e gli istituti della Regione Siciliana (S. 99–111).

De Gennaro, Giovanni: La competenza esclusiva della Regione Siciliana in rapporto alla legislazione dello Stato. La grave controversia sulla recezione (S. 112–118).

Salemi, Giovanni: La competenza del Consiglio di Giustizia Amministrativa e dell'Adunanza plenaria del Consiglio di Stato (S. 175–177).

Ausiello, Camillo: Leggi dello Stato e leggi delle Regioni (S. 186–191).

— **Anno 4, 1952**

Pensovecchio li Bassi, Antonino: La competenza legislativa esclusiva della Regione e l'efficacia delle leggi statali (S. 81–89).

— **Anno 5, 1953**

Pensovecchio li Bassi, Antonino: Le nuove leggi sulla Corte costituzionale (S. 3–18).

— **Anno 6, 1954**

Salemi, Giovanni: La partecipazione del Presidente della Regione Siciliana al Consiglio dei Ministri (S. 8–15).

Virga, Pietro: Potestà tributaria della Regione (S. 244–248).

— **Anno 7, 1955**

Bozzi, Carlo: Consiglio di Giustizia Amministrativa, Consiglio di Stato e Costituzione (S. 6–23). Verf. untersucht die Zuständigkeiten der beiden Gerichte anhand der Verfassung. Ts

Förvaltningsrättslig Tidskrift. Årg. 18, 1955

Kuuskoski, Reino: Den finska lagen om ändringssökande i förvaltningsärenden [Das finnische Gesetz über die Anfechtung von Verwaltungsanordnungen] (S. 213–223). Erläutert Klaggründe und Verfahrensvorschriften nach dem oben genannten Gesetz vom 24. 3. 1950. Hr

Foreign Affairs. Vol. 34, 1955/56

Hornbeck, Stanley K.: "Which Chinese?" (S. 24–39). Verf. warnt vor Anerkennung der Volksrepublik China.

Kase, Toshikazu: Japan's New Rôle in East Asia (S. 40–49).

Cavers, David F.: The Challenge of Planning Arms Controls (S. 50–66).

Ryckmans, Pierre: Belgian "Colonialism" (S. 89–101). Belgiens Kolonialtitel beruhe auf Okkupation, nicht auf Eroberung, und habe bestehende Bodenrechte der Eingeborenen stets geachtet. Auf dieser Grundlage sei das ausgedehnte System privater Landkonzessionen im Kongo aufgebaut worden. Die Angreifbarkeit dieses Konzessionswesens gründe sich allein auf den Mißbrauch bestehender Gesetze. Gegenüber solchen Erscheinungen bemühe sich Belgien um die Förderung faktischen Fortschritts auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet, verweigere aber generell das Wahlrecht, weil kein vernünftiger Mittelweg für das Maß der Wahlberechtigung im Verhältnis Schwarz zu Weiß gefunden werden könne, ohne das Gemeinwohl zu vernachlässigen.

Burns, Sir Alan: Towards a Caribbean Federation (S. 128–140).

Kuo-chün, Chao: How Communist Power is Organized in China (S. 148–153). Hm

Foreign Affairs Reports. Vol. 4, 1955

Singh, Vishal: The Geneva Agreements and Developments in Viet Nam (S. 111–124).

Dutt, Vidya Prakash: The "Summit" Conference at Geneva (S. 125–138).

Bhandari, Sumer Chand: Problems of Security in Asia (S. 139–151). Behandelt mit dem SEATO-Pakt zusammenhängende Fragen.

Gaitonde, Pundlik: The Goa Problem (S. 152–160). Hr

Il Foro Italiano. Anno 80, 1955

Cammara, Angelo Ermanno: Legislazione e giurisdizione nell' ex Zona «A»

(*Monografie e Varietà*, Sp. 177–182). Behandelt die Rechtslage in Triest auf Grund des Londoner Memorandums vom 5. 10. 1954.

Cannada-Bartoli, Eugenio: *Una nozione necessaria: la legittimità degli atti amministrativi* (*Monografie e Varietà*, Sp. 201–205).

Volli, Enzo: *In tema di legislazione e giurisdizione nella ex Zona «A»* (*Monografie e Varietà*, Sp. 214–216). Stellungnahme zu dem Aufsatz von *Cammarata*, a. a. O., S. 177 ff. Ts

Die Friedens-Warte. Bd. 53, 1955/56

Mann, F. A.: *Zwangseinbürgerungen und das Völkerrecht. Ein Rückblick* (S. 101–116). Kritik der deutschen Nachkriegsrechtsprechung bis zum Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 9. 11. 1955 zur Frage der Wirksamkeit vor 1945 erfolgter deutscher Zwangseinbürgerungen, besonders von Österreichern. Verf. folgert aus der Völkerrechtswidrigkeit, mithin nach seiner Meinung Nichtigkeit der deutschen Annexionen und aller auf ihnen basierenden Gesetzgebungsakte, »daß der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Personen, die einem rechtswidrig annektierten fremden Staat angehören, nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts und damit eben auch nach deutschem innerstaatlichen Recht als grundsätzlich unwirksam zu betrachten ist«. Jeder andere Ausgangspunkt sei unvereinbar mit dem (rückwirkenden) Art. 25 GG. Eine Heilung der Ungültigkeit des »Anschlusses« hätte nur durch ausdrückliche rechtsetzende Erklärung der Völkerrechtsgemeinschaft eintreten können. Betrachte man mit der deutschen Rechtsprechung die Zwangseinbürgerungen als wirksam, so müßte folgerichtig angenommen werden, daß sie 1945 *ex nunc* unwirksam geworden seien. Einen von Emanzipation verschiedenen Begriff der Desannexion und alle hieraus von *Makarov* gezogenen Folgerungen lehnt Verf. ab. Der deutschen Rechtsprechung wirft er vor, die allgemeinen Regeln des Völkerrechts im Sinne des Art. 25 GG allzu leicht genommen und sich bei deren Ermittlung auf Vertragspraxis und deutschsprachige Literatur beschränkt zu haben. Entgegen ihrer Annahme werde »das Recht der Staatsangehörigkeit im Fall einer Staatensukzession durch feststehende Regeln des Völkergewohnheitsrechts bestimmt«.

Münch, Fritz: *Wilhelm Kaufmann und der ursprüngliche Monismus* (S. 117–125). Verf. zeigt anlässlich des 30. Todestages von *W. Kaufmann* die Aktualität seiner völkerrechtstheoretischen Erkenntnisse. Den Streit zwischen Monismus und Dualismus möchte er damit beenden, die Stellung des Individuums und der staatlichen Behörden und Gerichte zum Völkerrecht als Frage der Gewährleistung des Völkerrechts zu sehen. Die Frage des Ranges des Völkerrechts im innerstaatlichen Rechtssystem sei keine völkerrechtstheoretische, sondern eine verfassungsrechtliche, also durch Gesetzgebung zu entscheiden, mithin politischer Einwirkung, ja moralischer Betrachtung zugänglich.

Oda, Shigeru: *The Hydrogen Bomb Tests and International Law* (S. 126–135). Verf. prüft vom japanischen Standpunkt die Fragen der Völkerrechtswidrigkeit der im März 1954 auf dem Bikini-Atoll unternommenen, über das amerikanische Hoheitsgebiet hinauswirkenden Atom- bzw. Wasserstoffbombenversuche als Staatsakte und der Ersatzpflicht für fremden Staaten und Staatsangehörigen zugefügte Schäden einschließlich entgangenen Gewinns. Die einseitige Bekanntgabe der Ge-

fahrenzonen sei nur erheblich als Anerkenntnis der Wahrscheinlichkeit, daß die Wirkungen der Versuche sich auch auf die hohe See erstrecken werden, und damit als Grundlage der Schadensersatzpflicht.

Berenstein, Alexandre: La ratification des conventions internationales du travail et la législation interne (S. 136–165). Zuständiges Organ für die Transformation der von der Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen Arbeitskonventionen in innerstaatliches Recht sei in der Schweiz die Bundesversammlung, nach deren Zustimmung zur Ratifikation der Bundesrat diese dem Internationalen Arbeitsamt mitzuteilen habe. Nach Ratifikation stehen jene Konventionen den Gesetzen gleich, die also nicht unbedingt angepaßt zu werden brauchten. Soweit Ausführungsgesetzgebung erforderlich ist oder eine Konvention das Schweizer Recht ändert, sollte die Bundesversammlung ihre Zustimmung zur Ratifikation von Verabschiedung der entsprechenden Gesetze abhängig machen, auch zur Wahrung des Volksabstimmungsrechts. Wo die Änderung kantonales Recht erforderlich wird, habe der Bund sich im Einvernehmen mit den Kantonsregierungen darum zu bemühen, daß der Text der Konvention den Gesetzgebungsorganen jedes Kantons unterbreitet wird. Rn

The Georgetown Law Journal. Vol. 43, 1954/55

Whelan, Charles M.: Censorship and the Constitutional Concept of Morality (S. 547–581).

Clay, Henry J.: Aspects of Settling Claims under the Yugoslav Claims Agreement of 1948 (S. 582–614). Verf., Mitglied der Foreign Claims Settlement Commission der USA, ehemaliger Vorsitzender der International Claims Commission, berichtet über die Tätigkeiten dieser beiden Kommissionen in Bezug auf Klagen der USA und von USA-Bürgern auf Grund des Claims Agreement vom 19. 7. 1948 zwischen USA und Jugoslawien.

Milloy, Richard P.: The Power of the Executive to Withhold Information from Congressional Investigating Committees (S. 643–660).

Kronstein, Werner J.: Enforcement of United States Antitrust Laws over Alien Corporations (S. 661–670).

— **Vol. 44, 1955/56**

Stacik, Daniel: The Liability of the United States for Breach of Contract (S. 77–98). Behandelt die Haftung des Staates aus Verträgen mit Privatpersonen. Rn

India Quarterly. Vol. 11, 1955

Purcell, Victor: The Dual Nationality of the Chinese in South-East Asia (S. 344–354).

Neal, Marian: United States Attitudes towards Charter Review (S. 354–365).

Fischer, Georges: France and the Proposed Revision of the U.N. Charter (S. 365–375). Hr

Indonesië. Jg. 8, 1955

Spits, A. I.: Het toezicht van de Verenigde Naties op niet-zelfstandige gebieden (S. 401–424). 6. Teilbericht über die in der 9. Vollversammlung 1954 behandelten Fragen abhängiger Gebiete. Sr

Informations Constitutionnelles et Parlementaires. 1955

Pauwels, R.: Les Commissions parlementaires (S. 159–270). Bericht über die parlamentarischen Ausschüsse in 29 Parlamenten, ihre Bildung, Funktionen, Verfahren etc., mit Empfehlungen für die künftige parlamentarische Arbeit. Sr

International Affairs. Vol. 32, 1956

Dore, R. P.: Left and Right in Japan (S. 11–26). Behandelt die Bestrebungen der konservativen und sozialistischen Gruppen zum Zusammenschluß und zur Errichtung eines Zwei-Parteien-Systems.

Issawi, Charles: Economic and Social Foundations of Democracy in the Middle East (S. 27–42).

Anderson, J. N. D.: Law Reform in the Middle East (S. 43–51).

Waterfield, Gordon: Trouble in the Horn of Africa? The British Somali Case (S. 52–60). Behandelt die von den Somalis bekämpfte Übergabe eines Teiles des Britischen Protektorats an Äthiopien auf Grund eines Vertrages von 1897. Bt

International Conciliation. 1955/56

Vernon, Raymond: Organizing for World Trade (S. 161–224).

Stevens, Georgiana G.: The Jordan River Valley (S. 225–283). Fg

International Organization. Vol. 9, 1955

Hovey Jr., Allan: Britain and the Unification of Europe (S. 323–337).

Kindleberger, Charles P.: Economists in International Organizations (S. 338–352).

Padelford, Norman J.: Political Cooperation in the North Atlantic Community (S. 353–365).

Rudzinski, Aleksander W.: Majority Rules vs. Great Power Agreement in the United Nations (S. 366–375). Behandelt die Frage, in welchem Umfang es bei der gegenwärtigen politischen Weltlage möglich und angebracht ist, das Vetorecht der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats durch Mehrheitsentscheidungen abzulösen.

Henderson, William: The Development of Regionalism in Southeast Asia (S. 463–476). Überblick über die nach dem zweiten Weltkrieg getroffenen oder angestrebten politischen und wirtschaftlichen Vereinbarungen in Südostasien.

Eeckman, Paul: The Domestic Jurisdiction Clause of the Charter: A Belgian View (S. 477–485). Verf. ist der Ansicht, daß Art. 2 (7) der UN-Charter jede Behandlung von *matters essentially within the domestic jurisdiction* durch UN-Organe verbiete und jeder Staat bindend über das Vorliegen solcher Angelegenheiten entscheide, wenn auch die Praxis teilweise anders verfare. Bei einer Revision der UN-Charter sollten für die Entscheidung über das Vorliegen einer inneren Angelegenheit die Zuständigkeit des IGH und die Maßgeblichkeit des *internationalen law standard* begründet werden.

Lent, Ernest S.: The Development of United World Federalist Thought and Policy (S. 486–501). Bt

Internationales Jahrbuch der Politik. 1955

Zemaneke, Karl: Die österreichische Neutralität (S. 302–307). Skizziert Vorgeschichte und Bedeutung des Nationalrats vom 7. 6. 1955, besonders auch im Verhältnis zum österreichischen Staatsvertrag (vgl. diese Zeitschrift Bd. 16, S. 590 ff.)

und für die Frage des Beitritts zu bestimmten internationalen Organisationen. **Ts Jahrbuch für Internationales Recht. Bd. 5, 1954**

Waldkirch, Eduard von: Militärische Rechte und Pflichten des neutralen Staates im Luftkriege, unter besonderer Berücksichtigung der Schweiz 1939–45 (S. 151–167).

Norris, George: International Aspects of the United States Atomic Energy Act of 1954 (S. 168–176). Behandelt die dem Präsidenten und der Atomenergiekommission der USA eingeräumten Möglichkeiten, die internationalen Aspekte der Atomenergie zu kontrollieren.

Böhmert, Viktor: Meeresfreiheit und Schelfproklamationen (S. 177–195). Der 2. Teil der in dieser Zeitschrift Bd. 16, S. 751 angezeigten Abhandlung behandelt besonders die Arbeiten der International Law Commission der UN 1949–1951.

Phleger, Herman: Gegenwartsprobleme und neue Entwicklungen im Internationalen Recht (S. 196–206). Verf., Rechtsberater des State Department, streift einige die USA berührende Fragen (Status der NATO-Streitkräfte, Festlandsockel, Kriegsgefangene im Korea-Konflikt).

Landheer, Bart: Sociological Aspects of International Law. An essay (S. 207–215).

Andrassy, Georg: Die Triester Frage (Mit einem Nachwort) (S. 216–238). Die im Februar 1954 abgeschlossene Darstellung aus jugoslawischer Sicht geht im Nachwort kurz auf die Londoner Abmachungen vom 5. 10. 1954 ein.

Rudolf, Walter: Informationsfreiheit und Rundfunk im Völkerrecht (S. 256–288). Behandelt die Informationsfreiheit in ihrer Konzeption als allgemeines Menschenrecht samt Vorgeschichte, die im Rahmen der UN ausgearbeiteten Konventionenentwürfe hierzu und die Bemühungen um Beendigung des »Ätherkriegs« durch ein universales Rundfunkabkommen. Rn

Journal of Central European Affairs. Vol. 15, 1955/56

Xydīs, Stephen G.: The Secret Anglo-Soviet Agreement on the Balkans of October 9, 1944 (S. 248–271). Fg

Journal of Public Law. Vol. 4, 1955

Stedman, John C.: A New Look at Antitrust: The Report of the Attorney General's Committee (S. 223–284). Analyse des vom Attorney General's National Committee to Study the Antitrust Laws am 31. 3. 1955 erstatteten umfangreichen Berichts.

McKay, Robert B.: Georgia Versus the United States Supreme Court (S. 285–298). Behandelt den Rassenkonflikt im Hochschulwesen der USA. Rn

Journal des Télécommunications. Vol. 22, 1955

Henry, A.: La Conférence radiotéléphonique de la Mer Baltique et de la Mer du Nord (S. 170 f–176 f).

Övergård, Thomas; Arne Råberg: Réunion relative aux questions de télécommunication concernant la coordination des actions de sauvetage dans la Mer Baltique et la Mer du Nord (S. 188 f–190 f). Sr

Juristenzeitung. Jg. 10, 1955

Makarov, A. N.: Das Bundesgesetz zur Regelung von Staatsangehörigkeits-

fragen vom 22. Februar 1955 (S. 659–663). Verf. erläutert das in dieser Zeitschrift Bd. 16, S. 646 ff. erörterte, S. 670 ff. abgedruckte Gesetz. Er gibt eine detaillierte Übersicht über die staatsangehörigkeitsrechtlichen oder -erheblichen Akte besonders auch fremder Staaten in Bezug auf die von dem Gesetz erfaßten Personengruppen. Er weist darauf hin, daß der Begriff »Heimatrecht« im Gesetz (als naturrechtlicher Anspruch auf die Heimat) anders verwendet wird als im IPR und im österreichischen Staatsbürgerschaftsrecht. Rn

Echtermöller, Rudolf: Die Europäische Menschenrechtskonvention im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung (S. 689–693). Als »Quasi-Gesetz« im formellen und materiellen Sinne gehe die Konvention nach Art. 31 GG dem gesamten Landesrecht und früheren Bundesrecht vor. Gegen spätere Eingriffe des Bundesgesetzgebers sei sie »fest«, da ihre Normen materiellen Verfassungsrang hätten. Konvention und GG ständen im übrigen in Konkurrenz, so daß ein Verfahren nach Art. 18 GG zweckmäßigerweise mit einer Feststellung nach Art. 17 der Konvention verbunden werden sollte. Das Normenkontrollverfahren des Art. 100 GG greife im Falle eines Konfliktes zwischen einem einfachen, nach Inkrafttreten der Konvention erlassenen Gesetz und der Konvention oder zwischen Konvention und GG ein; im Falle früheren Gesetzesrechts könne das erkennende Gericht die Verfassungsmäßigkeit selbst prüfen.

Schwenck, Edmund H.: John Marshall und die Entwicklung des amerikanischen Verfassungsrechts (S. 725–727).

— Jg. 11, 1956

Meyer, Heinrich: Der Schutz Deutscher vor Überstellung an das Ausland nach dem Grundgesetz (S. 6–14). Verf. hält jede Überstellung für unzulässig, also nicht nur die Auslieferung zur Strafverfolgung, sondern auch die Rücklieferung eines vorläufig ausgelieferten Deutschen an das Ausland, und zwar kraft Art. 11 GG (Freizügigkeit), der neben dem Recht des Ortswechsels das des Aufenthaltes, d. h. Verbleibens im Bundesgebiet und damit das Auslieferungsverbot des Art. 16 Abs. 2 Satz 1 GG umfasse. Art. 16 könne darum nicht isoliert mit seinem begrenzten, speziellen Sinngehalt bei der Betrachtung der Rücklieferungsfrage herangezogen werden, wie es der Bundesgerichtshof getan habe. Der beschuldigte Deutsche sei nicht bloßes Objekt einer internationalen Vereinbarung, sondern Subjekt einer deutschen Verfassungsgarantie. Das Verfassungsrecht verbiete daher die Annahme einer die Verfassung durchbrechenden ausländischen Rücklieferungsbedingung, es sei denn auf Grund einer mit verfassungsändernder Mehrheit erlassenen bisher nicht bestehenden Gesetzesvorschrift. Zudem könne eine Rücklieferungsverpflichtung deswegen nicht übernommen werden, weil infolge Art. 104 GG eine die Rücklieferung sichernde Auslieferungshaft nach der gegenwärtigen Gesetzeslage nicht ohne Verfassungsbruch verhängt werden könne. Schließlich müsse bei einer Rücklieferungsabrede auch das verfassungsrechtliche Asylgebot und der den allgemeinen Völkerrechtsregeln i. S. des Art. 25 GG zugehörige Grundsatz der Spezialität (§ 6 des deutschen Auslieferungsgesetzes) in Betracht gezogen werden.

Smend, Rudolf: Der Niedersächsische Kirchenvertrag und das heutige deutsche Staatskirchenrecht (S. 50–53). Hm

Juristische Blätter. Jg. 77, 1955

Hundegger, Benno: Neufassung und Reform des Gemeinderechtes (S. 461–467).

Moser, Berthold: Kann Österreich als dauernd neutraler Staat dem Europarat und der Montanunion beitreten? (S. 533–536, 565–569).

Grohs, Friedrich: Privatrechtliche Auswirkungen des Staatsvertrages (S. 585–589). Verf. behandelt die Bestimmungen über das deutsche Vermögen in Österreich, das österreichische Vermögen in Deutschland und im alliierten Ausland, sowie Fragen der Rückerstattungs- und Rückstellungsgesetzgebung.

— **Jg. 78, 1956**

Lachmayer, Otto: Das Recht zur Verurteilung von Kriegsgefangenen und die Genfer Konvention 1949 (S. 85–87). Verf. betrachtet kritisch die Verurteilung deutscher Kriegsgefangener auf Grund der §§ 58/4 und 17 des Strafgesetzbuchs der RSFSR von 1926. Ts

Jus. Rivista di Scienze Giuridiche. Anno 6, 1955

Balladore Pallieri, Giorgio: La competenza amministrativa della Provincia di Bolzano in materia di pubblica istruzione (S. 205–214).

Pototschnig, Umberto: Concessione ed appalto nell'esercizio di pubblici servizi (S. 393–425). Verf. untersucht die Rechtsnatur der öffentlichen Konzessions- und Rechtsverhältnisse. Ts

Law and Contemporary Problems. Vol. 21, 1956**Atomic Power Development**

Northrop, Robert M.: The Changing Role of the Atomic Energy Commission in Atomic Power Development (S. 14–37).

Thomas, Morgan: Democratic Control of Atomic Power Development (S. 38–59).

Wit, Daniel: Some International Aspects of Atomic Power Development (S. 148–181).

Krebs, William A. W.: Robert L. Hamilton: The Role of the States in Atomic Development (S. 182–210). Rn

The Middle East Journal. Vol. 9, 1955

Hay, Sir Rupert: The Impact of the Oil Industry on the Persian Gulf Shaykhdoms (S. 361–372).

Liebesny, Herbert J.: Administration and Legal Development in Arabia: Aden Colony and Protectorate (S. 385–396).

Messing, Simon D.: Changing Ethiopia (S. 413–432). Hr

Middle Eastern Affairs. Vol. 6, 1955

Atyeo, Henry C.: Morocco, Tunisia and Algeria Before the United Nations (S. 229–248). Hr

The Modern Law Review. Vol. 18, 1955

Smith, S. A. de: Statutory Restriction of Judicial Review (S. 575–594). Überblick über gesetzliche Bestimmungen, die die Nachprüfung von Verwaltungsmaßnahmen durch die Gerichte beschränken, und ihre meist restriktive Auslegung in der Rechtsprechung.

— Vol. 19, 1956

Fitzmaurice, G. G.: The Foundations of the Authority of International Law and the Problem of Enforcement (S. 1–13). Verf. weist auf die beschränkte Durchsetzbarkeit des Völkerrechts und die Notwendigkeit hin, seine Bindungswirkung und Autorität auf außerrechtliche Grundsätze, vor allem auf das Ideal der Gerechtigkeit zu stützen. Bt

Monatsschrift für Deutsches Recht. Jg. 9, 1955

Wendt, Peter: Zur Frage der innerstaatlichen Geltung und Wirkung der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte (S. 658). Infolge der Einführung der Konvention im Geltungsbereich des Grundgesetzes seien Vorschriften der Reichsabgabenordnung (§§ 440 ff.), die sich mit Art. 6 der Konvention nicht vereinbaren ließen, nach dem Grundsatz *lex posterior derogat legi priori* aufgehoben. Die Verwaltungsbehörden dürften daher keine Strafbescheide mehr auf Grund der ungültigen Vorschriften erlassen.

Schwenk, Edmund H.: Deutsche und ausländische Gerichtsbarkeit nach den Pariser Verträgen (S. 703–707). Hm

Neue Juristische Wochenschrift. Jg. 8, 1955

Lechner: Zur Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde gegen Unterlassungen des Gesetzgebers (S. 1817–1819). Bejaht im Gegensatz zum Bundesverfassungsgericht die Zulässigkeit der rechtlichen Feststellung einer verfassungswidrigen Unterlassung des Gesetzgebers bei legislativer Teilregelung eines Sachverhaltes unter Mißachtung des Gleichheitsgrundsatzes.

Machleid, Wilhelm: Staatshaftung im Bereiche des MRG 52 (S. 1819–1823).

Henn, Günter: Die Regelung mittel- und langfristiger deutscher Schulden aus privaten Kapitalgeschäften. Eine Betrachtung zur Anlage II des Londoner Abkommens (S. 1903–1905).

Baade, H. W.: Deutschland, die Sowjetunion und das Urheberrecht (S. 1908–1909). Der Urnehberschutz zwischen beiden Staaten unterliegt z. Z. keinen internationalen Regelungen. Die Weitergeltung des AHK-Gesetzes No. 8 im Verhältnis zur Sowjetunion räume dieser einseitige Vorteile ein, da Werke deutscher Staatsangehöriger nach sowjetischem Recht nicht geschützt seien.

— Jg. 9, 1956

Hamann, Andreas: Die Bindung der staatlichen Organisationsgewalt an die Gesetzgebung (S. 1–4). Die herkömmlich als „Hausgut der Verwaltung“ aufgefaßte staatliche Organisationsgewalt müsse als Prärogative auf reine Verwaltungsinterna beschränkt bleiben. Eine originäre, vom Volkswillen und damit der Legislative gelöste, eigenständige Organisationsmacht der Exekutive könne es im demokratischen Rechtsstaat nicht geben. Art. 20 Abs. 2 Satz 2 GG biete kein Argument für eine verfassungsrechtliche Fixierung; andernfalls wären alle die Verwaltungsorganisation betreffenden einfachen Bundesgesetze verfassungswidrig. Gerade der Umfang dieser Gesetzgebung (Verf. bringt zahlreiche Beispiele) erweise die Regelung organisatorischer Gegenstände als „Hausgut der Legislative“ und widerlege die Annahme einer unabhängigen, exekutivischen Organisationsgewalt kraft ungeschriebenen Verfassungsrechts oder einfachen Gewohnheitsrechts. Damit stünden

auch die Eingriffe im Raume des „besonderen Gewaltverhältnisses“ unter dem Vorbehalt zumindest ermächtigender Gesetzgebung.

Schweitzer, G. B.: Aktuelle Probleme des parlamentarischen Geschäftsordnungsrechts (S. 84–88).

Hahnenfeld, Günter: Sowjetzone – Inland oder Ausland? (S. 164–167). Verf. behandelt die Frage vom Standpunkt innerdeutscher Rechtsanwendung aus mit Rücksicht auf die in der Sowjetzone vorgenommenen Rechtsänderungen.

Klaar, A.; Riege: Bestrafung ausländischer Flüchtlinge nach Paßgesetz und Ausländer-PolizeiVO (S. 170–171).

Brunn, Walter: Anerkennung von Sowjetzonenurteilen (S. 171–173).

Hahnenfeld, Günter: Die nichtamnestierten Spätheimkehrer und das sowjetische Strafrecht (S. 250–251). Hm

Neue Justiz. Jg. 9, 1955

Muszkat, Marian: Zum zehnjährigen Bestehen der Nürnberger Grundsätze (S. 611–616). Diese seien Bestandteil der modernen Völkerrechtsgrundlagen.

— Jg. 10, 1956

Reintanz, Gerhard: Der Moskauer Vertrag (S. 17–20). Der Vertrag zwischen UdSSR und DDR vom 20. 9. 1955 schliesse die Entwicklung in der Liquidation des Kriegsfolgeverhältnisses zur Sowjetunion ab. Das Ziel der demokratischen Neugestaltung – ausgedrückt in der Kontrollratsgesetzgebung – sei erreicht, es habe daher keiner Postliminium-Rechtsnormen wie im Pariser Vertragswerk bedurft. Die DDR habe die uneingeschränkte Souveränität erlangt, die Bundesrepublik hingegen sei in ihrer Souveränität, besonders durch Art. 2 des Deutschlandvertrages, vielfach beschränkt. Nur die DDR mit ihrer vollen Handlungsfreiheit in Wiedervereinigungsfragen sei der rechtmäßige deutsche Staat, dessen Politik die Zukunft Deutschlands verkörpere. Hm

New Zealand Law Journal. Vol. 31, 1955

—: *Alien's Application for Admission as Barrister (S. 289–291).* Besprechung der unveröffentlichten Entscheidung des Supreme Court of New Zealand in *In re Scholer*, wonach entsprechend englischen Rechtsgrundsätzen kein Ausländer als Anwalt bei einem neuseeländischen Gericht zugelassen werden könne. Hr

Nordisk Administrativ Tidsskrift. Årg. 36, 1955

Castrén, U. J.: Länsrätter vid länsstyrelserna i Finland [Provinzialgerichte bei den Provinzialregierungen] (S. 23–27). Behandelt das finnische Gesetz vom 29. 1. 1955 betr. Schaffung erstinstanzlicher Verwaltungsgerichte auf Provinzialebene. Hr

Nordisk Tidsskrift for international Ret og Jus Gentium. Acta Scandinavica juris gentium. Vol. 25, 1955

Randall, Alec: Organisationen af den Britiske Udenrigstjeneste (S. 83–92; englisch: The Organization of the British Foreign Service, Acta scand., S. 35–43). Behandelt die „Edensche Reform“ des britischen auswärtigen Dienstes 1943.

Castrén, Erik: Revision av Förenta Nationernas stadga [Revision der UN-Charta] (S. 93–105). Verf. würdigt das Funktionieren der einzelnen Organe der UN und die nach 10jähriger Praxis zu konstatierende Weiterentwicklung der

Charta. Im Rahmen einer allgemeinen Revision bedürfe es vor allem einer genaueren Definition der *Domestic Jurisdiction-Clause* in Art. 2, VII, einer erleichterten Zulassung neuer Mitglieder, wobei die einfache Stimmenmehrheit der Generalversammlung zur Aufnahme ausreiche, weiterhin einer Reform des Verfahrens vor dem Sicherheitsrat (Definition der *procedural matters* und Einschränkung des Vetorechtes) und einer Streichung der überholten Bestimmungen über die früheren Feindstaaten. Jede Satzungsänderung setze die Zustimmung der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates voraus; sonstigen die Annahme verweigernden Mitgliedstaaten müsse ein noch näher zu formulierendes Austrittsrecht zugestanden werden. Die französische Fassung des Aufsatzes ist in dieser Zeitschrift Bd. 16, S. 787 angezeigt.

Evensen, Jens: Bevisføring for internasjonale domstoler (S. 106–125; englisch: Evidence before International Courts, Acta scand., S. 44–62). In der internationalen Praxis habe sich der Grundsatz durchgesetzt, daß internationale Gerichte und Schiedsgerichte, im Gegensatz zu dem im anglo-amerikanischen Rechtskreis geltenden Prozeßrecht, keinen bindenden Regeln hinsichtlich der Zulassung und Würdigung von Beweismitteln unterworfen seien.

Madsen-Mygdal, N.P.: The Bretton Woods Agreement Article VIII, sec. 2 (b). (Acta scand., S. 63–77). Behandelt Auswirkungen und Verpflichtungen der Mitgliedstaaten auf Grund der erwähnten Bestimmung, wonach Verträge, die gegen die im Einklang mit dem Abkommen stehende Devisengesetzgebung verstoßen, *unenforceable* seien.

Hr

La Nouvelle Revue Française d'Outre-Mer. Année 47, 1955

—: *La réforme du Titre VIII de la Constitution (S. 517–520).* Vorschläge zur Reform der Französischen Union.

Fg

Occidente. Anno 11, 1955

Facchi, Paolo: La libertà religiosa in Italia, oggi (S. 338–342). Verf. findet Widersprüche zwischen Verfassung und Konkordat.

Ts

Die Öffentliche Verwaltung. Jg. 8, 1955

Wacke, Gerhard: Die Finanzverfassung (S. 577–583). Beschreibt Begriff und Gegenstände der Finanzverfassung der Bundesrepublik.

Bräuer, Karl: Probleme der Finanzverfassung und Finanzverwaltung in der Bundesrepublik (S. 584–586). Kritisiert die finanzpolitischen Lösungen im Grundgesetz.

Spanner, Hans: Die Verwaltungsgerichtsbarkeit in Österreich (S. 593–596).

Krüger, Herbert: Der Wesensgehalt der Grundrechte im Sinne des Art. 19 GG (S. 597–602).

Geilke, Georg: Die Ausschlagung der Staatsangehörigkeit gesetzestechisch betrachtet (S. 714–716). Verf. behandelt die „negative Option“ im Gesetz vom 22. 2. 1955.

Hesse, Konrad: Ausnahmezustand und Grundgesetz (S. 741–746). Art. 5 des Deutschlandvertrages habe nicht den Sinn eines militärischen Diktaturvorbehaltes der Drei Mächte in der Bundesrepublik, vielmehr sei in erster Linie an Fälle des äußeren Notstandes zu denken. Auf dem Wege zum Abbau dieses Vorbehalts durch

den deutschen Verfassungsgesetzgeber müsse die Gefahr der Nicht-Normierung des Ausnahmezustandes vor Eintritt der Gefahrenlage einerseits, andererseits das enge Schema allzu starrer Regeln umgangen werden. Die Lösung könne sich etwa am englischen Staatsnotrecht orientieren und laufe am besten auf eine bloße Kompetenzbestimmung mit überhöhter Verantwortung der Exekutive hinaus, also etwa einen formal gebundenen Art. 48 der Weimarer Verfassung. Diese Kompetenzvorschrift dürfe aber keinesfalls auf Fälle von „Verfassungsstörungen“ ausdehnbar sein, sondern müsse auf den reinen Ausnahmezustand begrenzt bleiben. Die sich im einzelnen ergebenden notwendigen Verfassungsänderungen (Notverordnungsrecht der Ausnahmegewalt mit der Möglichkeit der Aufhebung oder Beschränkung von Grundrechten, Versagung des Suspensiveffektes für gerichtliche Anfechtung von Maßnahmen der Ausnahmegewalt) würden zwar unvermeidlich auf die Schranke des Art. 79 Abs. 3 GG stoßen. Dieser Konflikt könne jedoch hinter der Erwägung zurücktreten, daß gerade die Ausnahmegewalt berufen sei, die Verfassungsintention zu wahren und über Zeiten der Gefährdung hinwegzuretten, und damit im Ergebnis eine sachliche Verstärkung des Grundgedankens des Art. 79 Abs. 3 zum Inhalt habe.

Kruse, Hans: Um die Organisation der staatlichen Atomkontrolle in der Bundesrepublik (S. 746–748).

Jentsch, Ulrich: Wohlerworbene Rechte und Grundgesetz (S. 750–751). Der verfassungsmäßige Schutz wohlerworbener Rechte liege im konstitutionellen Bekenntnis zum Rechtsstaat in Art. 20 GG.

— **Jg. 9, 1956**

Seifert, Karl-Heinz: Zur Rechtsstellung der politischen Parteien (S. 1–7).

Spanner, Hans: Grundsätze des österreichischen Wehrrechts (S. 73–76). Hm

Oriente Moderno. Anno 35, 1955

Giannini, Amedeo: L'Accordo anglo-iracheno del 1955 (S. 425–434). Ts

Osteuropa-Recht. Jg. 1, 1955

Guins, George C.: Das Sowjetsystem als neuer Typ einer Rechtsordnung (S. 87–95). Eine Einordnung des Sowjetstaates unter die bekannten Staatsformen erscheine unmöglich. Charakteristisch sei das Fehlen einer Gewaltenteilung. Das formale Gesetzgebungsrecht des Obersten Sowjet werde in der Praxis dadurch umgangen, daß die Rechtsetzung nahezu ausschließlich vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei und dem Ministerrat der UdSSR in Form von Beschlüssen und Direktiven vorgenommen werde. Der Durchsetzung der Staatsziele dienten daneben Partei- und Wirtschaftsverfassung. Eine staatsfreie Sphäre des Individuums existiere nicht.

Meißner, Boris: Sowjetunion und Haager Landkriegsordnung (S. 96–99). Entwicklung bis zur Note an die Botschaft der Niederlande vom 7. 3. 1955, die in deutscher Übersetzung aus der Prawda vom 9. 3. 1955 wiedergegeben ist.

Schultz, Lothar: Die Entwicklung der Rechtswissenschaft in der UdSSR seit Stalins Tod (S. 100–109). Hervorzuheben sei in der neueren staatsrechtlichen Literatur die Diskussion um den Schutz der Bürgerrechte. Weisungen der Wähler an ihre Abgeordneten komme eine staatsrechtliche Verbindlichkeit zu. Im Zusam-

menhang mit dem Status der Unionrepubliken werde zwischen „nationaler Souveränität“ und „staatlicher Souveränität“ unterschieden. In der völkerrechtlichen Theorie sei im Zuge der sogenannten Koexistenzbestrebungen eine Abschwächung des behaupteten Primats des Staatsrechts spürbar.

Zellweger, Eduard: Jugoslawien zwischen Totalitarismus und Rechtsstaat (S. 110–116). Reformen auf der Ebene der Wirtschafts- und Kommunalverwaltung hätten zu einem Abbau der Parteihegemonie geführt. Auch in den neueren Justizgesetzen sei die Tendenz zum Rechtsstaat erkennbar.

Pfuhl, Eberhardt: Die Wirtschaftsabkommen des Ostpakt-Systems (S. 117–128). Überblick über das System bilateraler Handels-, Kredit- und sonstiger Wirtschaftsabkommen zwischen den Ostblockstaaten. Verf. zeigt die Verknüpfung mit den Planwirtschaften der beteiligten Länder auf und erläutert die Besonderheiten der Grundtypen einzelner Verträge.

Schmied, Erich: Das neue tschechoslowakische Justizrecht (S. 129–132).

Slapnicka, Helmut: Die Gesetzgebung der Tschechoslowakei auf kulturellem Gebiet (S. 132–142). Hr

Pacific Affairs. Vol. 28, 1955

Harper, Norman D.: Australia and Southeast Asia (S. 203–220). Behandelt die Stellung Australiens zu den verschiedenen Regionalpakten.

Carnell, Francis G.: The Malayan Elections (S. 315–330).

Benda, Harry J.: Indonesian Islam under the Japanese Occupation, 1942–45 (S. 350–362).

Colton, Hattie Kawahara: The Working of the Japanese Diet (S. 363–372). Hm

Pakistan Horizon. Vol. 8, 1955

Feldman, Herbert: Pakistan's Relations with the United Kingdom (S. 419–428).

Chaudhri, Mohammed Absen: The Principle of Regional Pacts (S. 428–436). Hr

Parliamentary Affairs. Vol. 8, 1954/55

Hewitt-Myring, Philip: British Caribbean Federation (S. 436–444). Behandelt die Vorarbeiten zur Schaffung einer westindischen Föderation.

Rosetti, Moshe: Israel's Parliament (S. 445–452).

— Vol. 9, 1955/56

Davies, Clement: Parliamentary Progress Towards World Unity (S. 4–12).

Hanson, A. H.: Democracy Transplanted: Reflections on a Turkish Election (S. 65–74).

Cocks, T.G.B.: Control by the Commons of Overseas Expenditure (S. 88–95). Bt

Penant, Recueil Général de Jurisprudence, de Doctrine et de Législation d'Outre-Mer. Année 65, 1955

Paoli, X.: De la réforme des conseils de contentieux administratifs d'Outre-Mer (2^e Partie, S. 41–44). Fg

Political Science Quarterly. Vol. 70, 1955

Catlin, George: Considerations on the British Constitution (S. 481–497). Fg

Political Studies. Vol. 3, 1955

Campbell, Peter: Politicians, Public Servants, and the People in New Zealand (S. 193–210; wird fortgesetzt).

Mansergh, Nicholas: The Commonwealth: Problems of Multi-Racial Membership (S. 235–246).

Chubb, Basil: Cabinet Government in Ireland (S. 256–274).

Bt

Il Politico. Anno 20, 1955/56

Biscaretti di Ruffia, Paolo: Recenti studi sull'ordinamento giuridico-costituzionale sovietico (S. 396–415). Überblick über die neuere Literatur zum Verfassungsrecht der UdSSR.

Ts

Questions Actuelles du Socialisme. 1955

Saitchitch, Vladimir: Les rapports économiques entre la Yougoslavie et l'U.R.S.S. (N. 31–32, S. 153–162).

Kardelj, Edouard: Le dixième anniversaire de l'O.N.U. (N. 33, S. 3–28).

Hr

Rassegna di Diritto Pubblico. Anno 10, 1955

Abbamonte, Giuseppe: La motivazione del foglio di via obbligatorio (S. 207–246). Verf. untersucht u. a., in welchen Grenzen ein Ausweisungsbefehl mit dem von der Verfassung garantierten Recht der Freizügigkeit vereinbar ist.

Ts

Rechtswissenschaftlicher Informationsdienst. Jg. 4, 1955

Jewgenjew, W. W.: Rechtssubjektivität, Souveränität und Nichteinmischung im Völkerrecht (Sp. 567–577). Übersetzung aus Sovetskoe gosudarstvo i pravo 1955, Heft 2, S. 75–84.

Modshorjan, L. A.: Der Begriff der Souveränität im Völkerrecht (Sp. 577–585). Übersetzung des in dieser Zeitschrift Bd. 16, S. 797 angezeigten Aufsatzes.

—: *Zu den Ergebnissen der Diskussion über einige Fragen der Theorie des gegenseitigen Völkerrechts (Sp. 585–590). Gegenstand der Diskussion war der in dieser Zeitschrift Bd. 16, S. 387 angezeigte Aufsatz von Korovin.*

Wolodin, S.: Die Konvention über die Verhütung und die Bestrafung von Genozid-Verbrechen (Sp. 591–596). Auch dieser und die weiteren Aufsätze sind zuerst russisch in Sovetskoe gosudarstvo i pravo erschienen.

Sorokin, W. D.; J. E. Schmeljew: Kollegialität und Einzelleitung in der Arbeit des sowjetischen Staatsapparates (Sp. 677–686).

—: *Über die Kollegialität in der Arbeit der Nationalräte (Sp. 686–691).*

Tomsova, I.: Die Stellung der Staatlichen Kontrolle im Staatsapparat (Sp. 691–700).

Lakatoš, M.: Die Verordnungen der Nationalausschüsse als Rechtsform (Sp. 700–706).

— Jg. 5, 1956

Tischkewitsch, I. S.: Sind die Richtlinien des Plenums des Obersten Gerichts der UdSSR Rechtsquellen? (Sp. 24–32).

Ts

Relazioni Internazionali. Anno 19, 1955

Ismay: NATO, i primi cinque anni: 1949–1954 (Suppl. al N. 50, S. 3–58). Bericht des Generalsekretärs der NATO über Ursprung, Aufbau und Tätigkeit der Organisation.

Ts

Revista de la Facultad de Derecho de México. T. 5, 1955

Arnauz, Aurora: Soberanía y ámbitos estatal e internacional (N. 17/18, S. 37–50). Verf. stellt dem zwischenvölkischen das zwischenstaatliche Recht gegenüber, welches das erstere seines ursprünglichen Inhalts beraubt habe. Die Anwendung des ursprünglich rein innerstaatlichen Begriffs der Souveränität habe zur weiteren Begriffsverwirrung beigetragen, die gerade bei der heutigen Blockbildung nach einer Lösung verlange.

Floris Margadant, Guillermo: El Derecho social holandés (S. 149–178).

Plasilowa, Vera María: Independencia y neutralización de Austria (S. 179–188).

Herrerias Telleria, Armando: Orígenes externos del juicio de amparo (N. 19, S. 35–63). Das mexikanische Rechtsmittel des *amparo* sei mit keinem ausländischen identisch, aber vergleichbar mit dem römischen Interdikt, dem *habeas corpus*-Verfahren und dem französischen Rechtsmittel der Kassation (Bibliographien).

Sr

Revue de Droit International, de Sciences Diplomatiques et Politiques. Année 33, 1955

Piotrowski, G.: Les Résolutions de l'Assemblée Générale des Nations Unies et la portée du Droit Conventionnel (S. 111–125, 211–242). Fortsetzungen des in dieser Zeitschrift Bd. 16, S. 783 angezeigten Aufsatzes.

Pella, V. Vespasien: Le Code des Crimes contre la Paix et la Sécurité de l'humanité (S. 243–252, 329–339; wird fortgesetzt), Fortsetzungen des in dieser Zeitschrift Bd. 16, S. 782 angezeigten Aufsatzes.

A. S.: La nationalité aux États-Unis (S. 253–260).

—: *La nationalité en U.R.S.S. (S. 340–341).*

Vassalli, Giuliano: L'Estradizione dei rifugiati (S. 342–351).

Carjeu, P. M.: La Cour Internationale de Justice répressive (S. 360–369).

A. S.: La nationalité au Brésil (S. 370–371).

Fg

Revue Française de Droit Aérien. Année 9, 1955

Le Goff, Marcel: La police de l'air (S. 363–374).

Fg

Revue Hellénique de Droit International. Vol. 8, 1955

Kyriacopoulos, Elie: De la séparation des juridictions administratives et des juridictions judiciaires en Grèce (S. 74–91).

Vegleris, Phédon: De la séparation des juridictions administratives et des juridictions judiciaires (Particularité du système pratiqué en Grèce) (S. 92–100).

Verf. behandelt (wie Kyriacopoulos) nach geschichtlichem Rückblick auf die Entwicklung der griechischen Verwaltungsgerichtsbarkeit seit 1833 die Zuständigkeitsabgrenzungen der verschiedenen Verwaltungsgerichte untereinander und zur Zivilgerichtsbarkeit sowie die Sonderstellung des griechischen Conseil d'État.

Papalambrou, Ap.: The « actes de gouvernement » in Greek Law (S. 101–108). Die Einführung des Begriffs beruhe wie die Organisation der griechischen Verwaltungsgerichtsbarkeit weitgehend auf französischem Vorbild. Zwar erkläre die griechische Verfassung den Conseil d'État generell für zuständig zur Nachprüfung von Akten der Exekutive, doch nehme das Gesetz N° 3713 von 1928 hier-

von "governmental acts and orders relating to the exercise of the political power" aus. Die Verfassungsmäßigkeit dieser Vorschrift sei niemals in Zweifel gezogen worden, da die Verfassung in ihrer offensichtlichen Anlehnung an die französische Praxis die Anerkennung gerichtsfreier Hoheitsakte impliziere. Weder Rechtsprechung noch Rechtslehre sei es angesichts der inhaltlosen Definition im Gesetz N° 3713 gelungen, eine konkrete Begriffsbestimmung des *acte de gouvernement* zu entwickeln. Die Praxis des griechischen Conseil d'État unterscheide Akte, die ihrer Natur nach der Regierungssphäre zugehören (z. B. soweit sie die Beziehungen zwischen Exekutive und gesetzgebenden Körperschaften oder völkerrechtliche Verträge und Maßnahmen zu deren Durchführung oder Auslegung betreffen) und Akte, die auf Grund der besonderen Umstände des Falles politischen Charakter tragen (z. B. Aufenthaltsgenehmigungen für Ausländer). Dagegen hätten die für Staatshaftungsansprüche zuständigen Zivilgerichte die Ausnahmevorschrift im Gesetz N° 3713 niemals als für sich bindend anerkannt und Hoheitsakte, auf Grund deren Schadensersatz beansprucht wurde, daher ohne Rücksicht auf die Einwendung des *acte de gouvernement* auf die behauptete Rechtswidrigkeit hin nachgeprüft. Hr

Revue Internationale de la Croix-Rouge. Année 37, 1955

Pictet, Jean S.: Les principes de la Croix-Rouge (S. 695–715, 778–790; Année 38, S. 11–18, 83–93; wird fortgesetzt). Fortsetzung der in dieser Zeitschrift Bd. 16, S. 789 angezeigten Abhandlung.

CICR: Commission d'experts chargée d'examiner la question de l'application des principes humanitaires en cas de troubles intérieurs (S. 722–729).

Thélin, Georges: La protection des enfants en temps de guerre (S. 763–773).

— **Année 38, 1956**

Jovanovic, R.: Le Service de santé n'est pas et ne sera pas une formation combattante (S. 1–10, 69–82).

R.-J. W.: A propos de quelques études juridiques récentes sur la protection des populations civiles en temps de guerre (S. 51–58, 111–121). Rn

Revue Internationale de Droit Comparé. Année 7, 1955

Djordjevic, Jovan: Le droit constitutionnel de la RPF de Yougoslavie et son évolution (S. 551–559). Rn

Revue Juridique et Politique de l'Union Française. Année 9, 1955

Coret, Alain: La cession de l'Inde Française (S. 577–607, 697–742).

Decroux, Paul: La question de la double nationalité au Maroc (S. 669–696).

Verf. lehnt den Vorschlag, allen in Marokko ansässigen Franzosen die marokkanische Staatsangehörigkeit zu verleihen, um ihnen politisches Mitspracherecht auch in einem zunehmend selbständigen Marokko zu sichern, aus rechtlichen und politischen Gründen ab.

Ladhavi, N.: La nationalité tunisienne (785–798). Fg

Revue Tunisienne de Droit. Année 3, 1955

Silvera, Victor: Le statut des contrôleurs civils en Tunisie (S. 13–16). Nach dem französischen Dekret vom 19. 1. 1955 sind die Zivilkontrolleure Beamte des französischen Staates. Die bisherige entgegengesetzte Rechtsprechung des Conseil d'État ist damit hinfällig.

Silvera, Victor: Le Ministère des Affaires marocaines et tunisiennes (S.17–27).

Fg

Rivista Amministrativa della Repubblica Italiana. Anno 106, 1955

Bozzi, Carlo: Consiglio di giustizia amministrativa, Consiglio di Stato e Costituzione (S. 305–317, 387–402). Dieser Beitrag zur Festschrift für Orlando behandelt besonders den sizilianischen Verwaltungsgerichtshof und prüft die Verfassungsmäßigkeit der Zuständigkeits- und Verfahrensnormen auch des Consiglio di Stato.

Crisafulli, Vezio: Norme regionali e norme statali in materia di referendum (S. 457–480).

Petrilli, Raffaele Pio: La riforma della giustizia amministrativa (S. 533–541). Verf. ist Präsident des Consiglio di Stato.

Sepe, Onorato: Note sulla delegazione al governo della funzione legislativa (S. 618–621).

Ts

Rivista di Diritto Internazionale. Vol. 38, 1955

Perassi, Tomaso: La giurisdizione obbligatoria della Corte internazionale di Giustizia nei rapporti fra gli Stati dell'Unione dell'Europa Occidentale (S. 161–176). Verf. untersucht Art. VIII des Brüsseler Vertrages sowie die Erklärungen der italienischen Regierung vom 18. 4. 1955 und der deutschen Bundesregierung vom 4. 5. 1955, worin sie sich unter gewissen Vorbehalten der obligatorischen Zuständigkeit des IGH unterwerfen.

Morelli, Gaetano: «Perpetuatio jurisdictionis» nel processo internazionale (S. 177–184). Verf. behandelt das Problem an Hand des Nottebohm-Falles.

Capotorti, Francesco: Natura e caratteri degli accordi di amministrazione fiduciaria (S. 185–228; wird fortgesetzt).

Citarella, Luigi: A proposito delle immunità diplomatiche ed in particolare dell'esenzione dalla giurisdizione civile del personale amministrativo della missione (S. 271–278). Verf. prüft, ob es ein völkerrechtliches Gewohnheitsrecht über die diplomatische Immunität des nachgeordneten Personals gibt.

Malintoppi, Antonio: Il problema della giurisdizione sui funzionari amministrativi delle legazioni straniere (S. 279–296). Kritik der italienischen Rechtsprechung, die diplomatische Immunität zivilrechtlich nur den diplomatischen Amtsträgern, nicht aber dem nachgeordneten Personal zu gewähren.

Oddini, Mario: Principi strutturali del Segretariato delle Nazioni Unite (S. 297–321). Verf. erörtert insbesondere die Rechtsstellung der Beamten des Sekretariats.

Monaco, Riccardo: L'interpretazione delle sentenze della Corte della C.E.C.A. (S. 346–351). Verf. bespricht das Urteil des Montangerichtshofs vom 28. 6. 1955 über einen Auslegungstreit gemäß Art. 37 der Satzung des Gerichtshofs.

Paone, Pasquale: L'organizzazione dell'Atlantico del nord e la giurisdizione italiana (S. 358–376). Darstellung der Rechtsprechung zur Frage, ob die NATO und ihre Organe der italienischen Gerichtsbarkeit unterworfen sind.

Ts

Rivista di Studi Politici Internazionali. Anno 22, 1955

Gentili, Renzo: Struttura e funzionamento dell'UEO (S. 371–383).

Rainero, Romain: Gli ultimi sviluppi della questione di Cipro (S. 384–406).

Dominedò, Francesco Maria: La comunità internazionale e la lotta per il diritto (S. 519–534). Verf. zeigt, wie die „Ideologie des ewigen Friedens“ und die Rechtsvereinheitlichung zum internationalen Zusammenschluß führen können.

Giannini, Amedeo: Gli accordi anglo-egiziani per la base de Canale e per il Sudan (S. 535–559).

Vedovato, Giuseppe: Gli accordi italo-etioptici dell'agosto 1928 (S. 560–634).

Savorgnan, Emilio: Lo «status» degli italiani in Francia (S. 643–652). Ts

Rivista Trimestrale di Diritto Pubblico. Anno 5, 1955

Vignocchi, Gustavo: In tema di successione tra enti pubblici (S. 360–480).

Verf. behandelt u. a. den Einfluß der Völkerrechtsgrundsätze über Staatensukzession auf die italienische Rechtsentwicklung.

Bartholini, Salvatore: La delegazione legislativa in materia di amnistia e indulto (S. 481–527).

Agostini, Mario: Sovranità dello Stato e autonomie regionali (S. 543–568).

Befaßt sich mit der Abgrenzung der Gesetzgebungszuständigkeiten von Region und Staat.

Grasso, P. G.: Sui sistemi elettorali a collegio uninominale con rappresentanza delle minoranze (S. 603–647). Ts

Schweizerische Juristen-Zeitung. Jg. 51, 1955

Irminger, Elisabeth: Immunität ausländischer Staaten vor amerikanischen Gerichten (S. 296–298).

Domke, Martin: Die Schweiz betreffende Rechtsfälle vor amerikanischen Instanzen (S. 328–329). Behandelt u. a. Ausschluß von Schweizern vom Erwerb des USA-Bürgerrechts, die im 2. Weltkrieg Befreiung vom Heeresdienst in USA erlangt hatten und Rückgabe beschlagnahmten schweizerischen Eigentums. Rn

Schweizerisches Jahrbuch für internationales Recht. Bd. 11, 1954

Sauser-Hall, Georges: Le professeur Charles Knapp (1903–1955). In Memoriam (S. 5–8). Knapp starb am 9. 10. 1955 und hatte den vorliegenden Band noch redigiert. Sein Nachfolger in der Schriftleitung des Jahrbuchs wird Henri Thevenaz, Neuchâtel.

Zellweger, E.: Die völkerrechtliche Anerkennung nach schweizerischer Staatenpraxis (S. 11–42). Verf. bezieht seine Darstellung auf die Anerkennung neuer Staaten, verfassungswidrig entstandener Regime und Regierungen, aufständischer und kriegführender Gruppen innerhalb eines Staates und völkerrechtswidrig geschaffener Situationen und Ordnungen, insbesondere territorialer Änderungen, seitens der Schweiz seit 1870 (republikanische Regierung in Frankreich) und stellt die Fragen der Rechtsnatur und Wirkung der Anerkennung in den Vordergrund. Die nicht ganz einheitliche schweizerische Praxis stehe vorwiegend auf dem Boden der Deklarationstheorie, verneine eine Rechtspflicht zur Anerkennung, decke sich weitgehend mit den Resolutionen des Institut de droit international von 1936 und unterscheide sich von der sonstigen Staatenpraxis dadurch, daß die Gerichte

unabhängig von der Stellungnahme der Regierung über eine extraterritoriale Wirkung der Rechtsordnung eines neuen Staates oder Regimes entscheiden.

Perrenoud, Georges: Les causes de rappel des agents diplomatiques (S. 43–64). Verf. behandelt die Abberufung als Mißfallensäußerung gegenüber dem Empfangsstaat, die Entziehung des Agréments und die Natur der zur Begründung abgegebenen Erklärungen.

Freymond, Pierre: Les « décisions » de l'Organisation européenne de coopération économique (O.E.C.E.). Contribution à l'étude des procédures à l'effet de conclure des traités (S. 65–90). Verf. interpretiert die Art. 13 ff. der OEEC-Konvention vom 16. 4. 1948 und untersucht die Regeln, nach denen die OEEC durch ihre Entscheidungen die Mitgliedstaaten bindet und Verträge abschließt. Entgegen Bindstedler (Rechtsfragen der Europäischen Einigung, S. 144) meint er, OEEC-Entscheidungen seien an Bedeutung und Wirkung völkerrechtlichen Verträgen wesensgleich, müßten also, um von den 13 OEEC-Mitgliedern, die zugleich UN-Mitglieder sind, vor UN-Organen geltend gemacht werden zu können, beim UN-Sekretariat registriert werden. Ferner folge hieraus, daß besonders der Liberalisierungskodex gemäß Art. 85 Ziff. 5 der Schweizer Verfassung der Genehmigung durch die Bundesversammlung bedürfe und veröffentlicht werden müsse. Diese Genehmigung könne aber nicht in der parlamentarischen Gutheißung des EZU-Abkommens vom 19. 9. 1950 erblickt werden, möge auch der Liberalisierungskodex mit diesem zusammenhängen und anhangsweise dazu veröffentlicht worden sein.

Niederer, Werner: Einige Grenzfragen des ordre public in Fällen entschädigungsloser Konfiskation (S. 91–104). Untersucht u. a. die Grenze „zwischen dem ordre public und der sogenannten Nichtanwendung ausländischen öffentlichen Rechts“, die Grenzen der Wirksamkeit des schweizerischen ordre public bei Konfiskation von Vermögenswerten innerhalb des enteignenden Staates und bei „kalter“ Enteignung durch Aktienkonfiskation.

DOKUMENTARISCHER TEIL:

Guggenheim, Paul: Droit international public (S. 173–230). Behandelt die Praxis der Schweiz vorwiegend aus dem Jahre 1953 u. a. betr. Vertragschlußverfahren, Schutz des Privateigentums, persönlichen und räumlichen Geltungsbereich des Völkerrechts, Organe des völkerrechtlichen Verkehrs, internationale Gerichtsbarkeit, Kriegs- und Neutralitätsrecht (Beteiligung der Schweiz an der Europäischen Atomforschungsorganisation).

Diez, Emanuel: Les engagements internationaux contractés par la Suisse (entrés en vigueur en 1952 et 1953). Répertoire (S. 231–246).

Fritzsche, Hans: Internationales Zivilprozeßrecht (S. 301–353). Bringt u. a. Rechtsprechung betreffend das Verhältnis der staatsvertraglichen Ordnung zu kantonalen Vorschriften über die Urteilsvollstreckung, die Anwendbarkeit der Haager Zivilprozeßübereinkunft vom 17. 6. 1905 im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland, das Genfer Protokoll über die Schiedsklauseln und das Genfer Abkommen über die Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche vom 26. 9. 1927. Rn

Sovetskoe gosudarstvo i pravo. 1955

Koževnikov, F. J.; A. P. Movčan: Ustav OON-voploščenie obščepriзнанных principov međunarodnogo prava [Die UN-Satzung als Verkörperung allgemein anerkannter Grundsätze des Völkerrechts] (N. 6, S. 3–7).

Borisov, S.: Protiv proektov peresmotra Ustava OON [Gegen die Entwürfe einer Revision der UN-Satzung] (S. 92–98). Aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der UN werde von einigen reaktionären Kreisen der westlichen Länder eine Propaganda für eine Revision der UN-Satzung entwickelt. Diese Propaganda bezwecke, die wichtigsten demokratischen Prinzipien der UN-Satzung, deren Befolgung für die Stärkung des Friedens und der Sicherheit in der ganzen Welt lebenswichtig sei, zu unterminieren. Kritische Betrachtungen zu den Vorschlägen des Unterausschusses des amerikanischen Kongresses und der International Law Association. Kritik (unter Berufung auf Alf Ross) der Ansicht von Kelsen, das Revisionsverfahren könne sich nicht auf die Revisionsbestimmungen selbst beziehen, die vielmehr in einem anderen Verfahren zu revidieren seien. Propagierung der Revision der UN-Satzung könne nur die internationale Spannung fördern.

Modžorjan, L. A.: Postojanno nejtral'nye gosudarstva i međunarodnoe pravo [Die dauernd neutralen Staaten und das Völkerrecht] (N. 7, S. 109–114). Kurzer geschichtlicher Überblick über frühere und noch bestehende dauernd neutrale Staaten und ihre rechtliche Lage. Die Sowjetregierung unterstützte alle Staaten, die bestrebt sind, die Politik der Neutralität durchzuführen. Die Neutralität Österreichs werde dem österreichischen Volk bedeutende Möglichkeiten einer friedlichen Entwicklung öffnen und ernste Voraussetzungen für die internationale Entspannung schaffen.

Levin, D. B.: Čto skryvaetsja za teoriej « primata » međunarodnogo prava nad vnutrigosudarstvennym pravom? [Was verbirgt die Theorie des „Primats“ des Völkerrechts gegenüber dem innerstaatlichen Recht?] (S. 115–120). Die Theorie des Primats des Völkerrechts bringe gewisse Tendenzen in der Politik der großen kapitalistischen Staaten zum Ausdruck, nämlich zur Festigung wirtschaftlicher und politischer Beherrschung anderer Staaten und zur Schaffung von legalen „Kanälen“ zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieser anderen Staaten. Die Normen des Völkerrechts und die des Landesrechts dürfen sich nicht widersprechen, sie müssen eine harmonische Anwendung finden. Jeder friedliebende und demokratische Staat müsse die Völkerrechtsnormen sowohl in seiner Außenpolitik als auch in seiner Innenpolitik achten. In der internationalen Politik der Sowjet-Union und der volksdemokratischen Länder seien Kollisionen zwischen dem Völkerrecht und dem Landesrecht nicht möglich, weil diese Länder den anderen Staaten keine völkerrechtlichen Normen aufzwingen, die dem Landesrecht dieser Staaten widersprechen, und andererseits keine landesrechtlichen Normen setzen, die im Widerspruch zum Völkerrecht stehen. Die Theorie des Primats des Völkerrechts könne nur die Normalisierung der internationalen Beziehungen und die Zusammenarbeit der Staaten hindern.

Zadorožnyj, G. P.: Meždunarodno-pravovye principy mirnogo sosuščestvovanija gosudarstv [Die völkerrechtlichen Prinzipien des friedlichen Zusammenlebens der Staaten] (N. 8, S. 89–96). Die Befolgung folgender völkerrechtlicher

Grundsätze sichere das friedliche Zusammenwirken der Staaten: Souveränität und Gleichberechtigung der Staaten; Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und Verbot der Aggression; Verbot der Anwendung von Machtmitteln; Heiligkeit der Staatsverträge. Das friedliche Zusammenleben von zwei Systemen sei seit der Anerkennung des Sowjetstaates durch die kapitalistischen Länder auch ein Grundsatz des Völkerrechts geworden. Diese Grundsätze seien auch in der Satzung der Vereinten Nationen und in den Werken einer Reihe von Vertretern der bourgeoisen Doktrin anerkannt worden.

Serbo v, S.: Šestaja i sed'maja sessii komisii međunarodnogo prava [Die sechste und die siebente Session der Völkerrechtskommission] (S. 108–112). Bericht über die Tätigkeit der Kommission in den Jahren 1954 und 1955 unter Hervorhebung des jeweiligen Votums des Vertreters der UdSSR S. B. Krylov.

Valentinov, V. J.: O narušenijach svobody moreplavanija v rajone kitajskich morej [Über die Verletzung der Freiheit der Schifffahrt im Bereich der chinesischen Gewässer] (S. 112–116). Die Ausübung der Blockade durch nationalchinesische Seestreitkräfte wird als Piraterie betrachtet. Zusammenstellung der Äußerungen über die Rechtswidrigkeit der Piraterie.

Tunkin, G. I.: O nekotorych voprosach međunarodnogo dogovora v svjazi s Varšavskim dogovorom [Über einige Fragen des Staatsvertrages im Zusammenhang mit dem Warschauer Vertrag] (N. 1, S. 98–104). Der Warschauer Vertrag sei ein Defensivpakt. Er soll außer Kraft treten am Tage des Inkrafttretens des europäischen Sicherheitspaktes, wenn ein solcher Pakt einmal zustande kommen sollte. Der Warschauer Pakt widerspreche nicht der Satzung der Vereinten Nationen. Sein Geltungsbereich erstreckte sich auf die europäischen Gebiete der vertragschließenden Staaten. Der Beitritt zu dem Warschauer Vertrag stehe allen Staaten offen.

Borisov, S.: Meždunarodnyj sud OON v 1955 g. [Das internationale Gericht der UNO im Jahre 1955] (S. 125–126). Bericht über das Urteil im Nottebohm-Fall und über das Gutachten betreffend das Abstimmungsverfahren in Fragen über die sich auf das Gebiet von Südwest-Afrika beziehenden Berichte und Petitionen.

Das Standesamt. Jg. 8, 1955

Lichter, M.: Die Problematik des Staatsangehörigkeitsrechts. Eine Betrachtung auf internationaler Grundlage (S. 277–281; Jg. 9, S. 2–7). Verf. untersucht die Konfliktmöglichkeiten zwischen verschiedenen Systemen und die Versuche vertraglicher Regelung. Ts

Statsvetenskaplig Tidskrift. Årg. 58, 1955

Wetterberg, Örjan: Konstitutionella och kommunala frågor vid 1955 års riksdag [Verfassungs- und Kommunalfragen vor dem Reichstag im Jahre 1955] (S. 391–399). Schildert die parlamentarische Behandlung der Frage des Verwaltungsrechtsschutzes, des königlichen Begnadigungsrechts, der Schaffung eines obersten Finanzgerichts, des Verhältnisses von Kirche und Staat und der Wahlen zur Volksvertretung. Hr

Svensk Juristtidning. Årg. 40, 1955

Petrén, Gustaf: Administrativa rättssäkerhetsproblem [Probleme des Verwaltungsrechtsschutzes] (S. 618–633).

— Årg. 41, 1956

Hjerner, Lars: Folkrättsfrågor i den inomstatliga rättsskipningen [Völkerrechtsfragen in der innerstaatlichen Rechtsprechung] (S. 22–32). Behandelt hauptsächlich schwedische Judikatur zur völkerrechtswidrigen Enteignung, Immunität und zur extraterritorialen Wirkung von Hoheitsakten. Hr

Tidskrift utgiven av Juridiska Föreningen i Finland. Årg. 91, 1955

Jansson, Jan-Magnus: Grundlagsutskottet som grundlagstolkare [Der Verfassungsausschuß als Verfassungsinterpret] (S. 277–297). Beschreibt die Funktionen des zum Zwecke der „präventiven“ Normenkontrolle eingesetzten ständigen Verfassungsausschusses des finnischen Reichstags und berichtet über die 62 zwischen 1939 und 1952 vom Ausschuß erstatteten Rechtsgutachten. Verf. behandelt ausführlich die Gutachten über die allgemeine Grundrechtsgarantie der finnischen Verfassung (Art. 6 Abs. 1), besonders die Eigentumsгарantie.

Castrén, Erik: Porkkalan laivastotukikohta ja sen palauttamisen Suomen hallintaan [Die Marinestation in Porkkala und ihre Restitution in Finnlands Besitz] (S. 375–386). Nach Darstellung der militärischen Stützpunkte im allgemeinen und der Rechtsstellung des fremden Besitzers gibt Verf. eine geschichtliche Übersicht von der Entstehung der beiden sukzessiven russischen Marinestationen in Finnland, die erste in Hanko und die zweite in Porkkala, und behandelt den neuen Vertrag über die Restitution von Porkkala samt einigen völkerrechtlichen und staatsrechtlichen Auslegungsfragen. Hr

Tidsskrift for Udenrigspolitik og Udenrigshandel. Aarg. 21, 1955

Randall, Alec: Organisationen af den Britiske Udenrigstjeneste (S. 61–70). Wiedergabe eines in der Nordisk Tidskrift for international Ret (siehe oben S. 200) veröffentlichten Aufsatzes über die „Edensche Reform“ des britischen auswärtigen Dienstes im Jahre 1943. Hr

Tulane Law Review. Vol. 30, 1955/56

Irizarry y Puente, J.: The Nature and Powers of a « De Facto » Government in Latin America (S. 15–72). Rn

Union Postale. Jg. 80, 1955

Miçiç, Milimir: Répartition des frais de l'UPU (S. 121 f–124 f). Sr

Utrikespolitik. Årg. 10, 1955

Åhman, Sven: Sken och verklighet i Förenta staternas Kinapolitik [Schein und Wirklichkeit in der Chinapolitik der Vereinigten Staaten] (S. 170–177).

Möller, Per: Nedrustningsfrågan i nytt perspektiv [Die Abrüstungsfrage unter neuer Perspektive] (S. 178–185).

Lorents, Yngve: Kring Bagdadpakten [Um den Bagdadpakt] (S. 208–216).

Björnberg, Arne: FN efter tio år [Die UN nach 10 Jahren] (S. 217–221).

Granqvist, Hans: Frankrike och Saar [Frankreich und die Saar] (S. 222–229).

— Årg. 11, 1956

Vinde, Victor: De franska valen [Die französischen Wahlen] (S. 18–26). Hr

The Western Political Quarterly. Vol. 8, 1955

Choudhury, G. W.: Constitution-Making Dilemmas in Pakistan (S. 589–600). Fg

Wirtschaft und Wettbewerb. Jg. 5, 1955

H a m a n n, Andreas: Die ernährungswirtschaftlichen Marktordnungsentwürfe und das Grundgesetz (S. 79–88). Verf. untersucht die Marktordnungsentwürfe auf ihre Vereinbarkeit mit dem Gleichheitsgrundsatz, dem Persönlichkeitsrecht nach Art. 2 Abs. I GG, der Sozialstaaterklärung in Art. 20 Abs. I GG und der Regelung über den Ermächtigungsumfang in Art. 80 GG.

G ü n t h e r, Eberhard: Das GATT als Ansatz zur internationalen Kartellkontrolle (S. 101–108).

H a u s s m a n n, Frederick: Kartellfragen, Verbandsprobleme und Wirtschaftsverfassungsrecht in schweizerischer Sicht (S. 109–115).

D e r i n g e r, Arved: Zum Diskriminierungsverbot der Montanunion. Rechtliche und wirtschaftliche Bedeutung der ersten Urteile des Gerichtshofes in Luxemburg (S. 141–154).

M e s t m ä c k e r, Ernst-Joachim: Offene Preise, Diskriminierungen und Wettbewerbsbeschränkung in der Montanunion (S. 155–164).

D e r i n g e r, Arved: Höchstpreisentscheidungen der Hohen Behörde zulässig (S. 375–379).

S i m s o n, Werner von: Kartelle und Zusammenschlüsse in der Montanunion. Zur bisherigen Praxis der Hohen Behörde (S. 401–421).

R a s c h, Harold: Kartellverbot und Grundgesetz (S. 667–681). Verf. prüft, ob ein Kartellverbot gegen Art. 2 Abs. I (Freie Entfaltung der Persönlichkeit), 9 (Vereinigungsfreiheit), 3 (Gleichheitsgrundsatz) und 74 Ziff. 16 (konkurrierende Gesetzgebung) GG verstößt. Ts

Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht. Jg. 20, 1955

B a y e r, Wilhelm F.: Auslegung und Ergänzung international vereinheitlichter Normen durch staatliche Gerichte (S. 603–642). Verf. untersucht, inwieweit völkerrechtliche Auslegungsgrundsätze von staatlichen Gerichten bei Interpretation staatsvertraglich vereinheitlichter Normen anzuwenden sind.

— Jg. 21, 1956

M a n n, F. A.: Öffentlich-rechtliche Ansprüche im internationalen Rechtsverkehr (S. 1–20). Verf. setzt sich kritisch mit dem „Dogma von der Unanwendbarkeit ausländischen öffentlichen Rechts“ auseinander und schlägt eine Abgrenzung der verfolgbar und nichtverfolgbar Ansprüche an Hand des Völkerrechts danach vor, ob ein öffentlich-rechtlicher Anspruch extraterritoriale Wirkung habe.

L e w a l d, Walter: Das internationale Enteignungsrecht im Licht neuen Schrifttums (S. 119–144). Ts

Zeitschrift für Geopolitik. Jg. 26, 1955

H o l z h a u s e n, Rudolf H. J.: Der Weg der südafrikanischen Einheit (S. 653–666).

Herrfahrdt, Heinrich: Volksgruppen in sprachlichen Überschneidungsräumen (S. 720–727).

Solich, Eduard J.: Die Chinesen in Südostasien (S. 758–765). Zeigt Probleme der chinesischen Minderheiten in nichtkommunistischen Gebieten. Hm

Zeitschrift für Politik. Jg. 2, 1955

Loewenstein, Karl: Über das Verhältnis von politischen Ideologien und politischen Institutionen (S. 191–210).

Altmann, Rüdiger: Zur Rechtsstellung der öffentlichen Verbände (S. 211–227). Hm

Zeitschrift für Schweizerisches Recht. Bd. 74, 1955

Sonderheft: Aktuelle Verfassungsprobleme

Huber, Hans: Die Bedeutung der Grundrechte für die sozialen Beziehungen unter den Rechtsgenossen (S. 173–207).

Imboden, Max: Die staatsrechtliche Problematik des schweizerischen Föderalismus (S. 209–241).

Pedrazzini, Mario: La regione nella nuova costituzione italiana ed il problema delle nostre minoranze linguistiche (S. 243–268).

Schumann, W.: Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit in der staatlichen Willensbildung (S. 269–287).

Schindler, Dietrich: Richterliches Prüfungsrecht und politischer Mehrheitswille. Erfahrungen der Vereinigten Staaten – Folgerungen für die Schweiz (S. 289–313). Rn

Bibliographische und dokumentarische Hinweise¹⁾

VÖLKERRECHT

Amtliche Veröffentlichungen

Vereinte Nationen

Documents

Administrative Tribunal: Report of the Special Committee on review of Administrative Tribunal judgements, report of the 5th Committee, A/3016, November 5, 1955, 21 S.

Admission of new members: Admission of new members to the United Nations, report of the Ad Hoc Political Committee, A/3079, December 7, 1955, 7 S. – Letter dd. December 14, 1955, from the President of the Security Council, A/3099, December 14, 1955, 1 S.

Arbitral procedure: Comments of governments on the draft on arbitral procedure, report of the 6th Committee, A/3083, December 12, 1955, 10 S. – Commentary on the Draft

¹⁾ In dieser Abteilung wird auf eine unter sachlichen Gesichtspunkten getroffene Auswahl von Neuerscheinungen hingewiesen, die im Institut vorhanden sind. Besprechung der hier angezeigten Veröffentlichungen bleibt vorbehalten.